Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04

:antifaschistische nachrichten Nr. 15
g 3336 31.7.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Neonazis überfallen linkes Sommercamp

HESSEN. Am frühen Morgen des 20. Juli 2008 verübten rechtsextreme Schläger einen Überfall auf das Sommercamp der Jugendorganisation ['solid] am Campingplatz Neuenhainer See. Nachdem zwei vermummte Personen über den Zaun auf das Gelände eingedrungen waren, traten sie von außen auf das nächstgelegene Zelt ein, öffneten es und schlugen auf die noch Schlafenden mit massiven Gegenständen ein. Eine 13-jährige Campteilnehmerin musste daraufhin im Krankenhaus behandelt werden, ein weiterer Teilnehmer ist am Kopf verletzt worden. Auf dem Parkplatz des Campingplatzes demolierten drei weitere Personen dort abgestellte Fahrzeuge. Dabei gingen sie willkürlich vor. Zudem wurde ein gegen Rechtsextremismus gerichtetes Banner abgerissen und entwendet. Bereits im Vorfeld kam es zu Drohungen der faschistischen „Freie Kräfte Schwalm" gegenüber TeilnehmerInnen des Sommercamps.

Die rund 50 jungen Teilnehmer des Sommercamps hatten am Samstag in Treysa an einer erfolgreichen Demonstration gegen Rassismus teilgenommen. *['solid] Regionalgruppe Schwalm-Eder-Kreis, 20.07.08* ■

Gemeinsamer Wahlantritt

MEISSEN. Das „Bündnis für Sachsen" unter dem Vorsitz des fraktionslosen Landtagsabgeordneten Klaus Baier, einem ehemaligen NPD-Mann, will gemeinsam mit den sog. „Republikanern" zur sächsischen Landtagswahl 2009 antreten. Auf einer Konferenz des Bündnisses in Meißen wurde beschlossen, dass sich die „nennenswerten konservativen Kräfte des Freistaates" unter dem Dach der „Republikaner" dem Votum der Wähler stellen. Dabei wollen die sog. „Republikaner" mit einer offenen Liste zur Landtagswahl antreten.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Eintritt frei für Neonazis?
Hamburger Urteil stärkt „Wortergreifungsstrategie"... 5

Der „Tag der Demokratie", organisiert vom Wunsiedeler Bündnis gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Menschenwürde findet wie geplant am 16. August statt. 14 Uhr Demonstration ab Jean-Paul-Platz, ab 15 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz mit Reden, Musik, Infoständen.

Hessmarsch 2008 bleibt verboten

Antifaschistische Demonstration der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen" abgesagt

Die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!" sagt ihre geplante Demonstration gegen den Hess-Gedenkmarsch im bayerischen Wunsiedel am Samstag den 16. August 2008 ab.

Das zuständige Landratsamt hat den geplanten Rudolf Hess-Gedenkmarsch auch in diesem Jahr verboten, das Verwaltungsgericht Bayreuth das Verbot nun bestätigt. Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Juni, mit der die Rechtmäßigkeit des Verbotes des Hessmarsches im Jahr 2005 bestätigt wurde, ist eine Aufhebung dieses Verbotes unwahrscheinlich. „Sollte der Anmelder des Hessmarsches, der NPD-Landesvorsitzende Hamburg Jürgen Rieger, erneut das Bundesverfassungsgericht in einem Eilverfahren anrufen, so wird er aller Wahrscheinlichkeit nach erneut unterliegen. Eine solche Eilentscheidung wäre eine schallende Ohrfeige für das Bundesverwaltungsgericht, und ist kaum zu erwarten", so Andrea Fröhlich, Pressesprecherin der antifaschistischen Kampagne.

Der Aufmarsch zu Ehren des Hitlerstellvertreters wurde in den Jahren 2001 bis 2004 erlaubt und unter Polizeischutz durchgeführt. „Bei aller Kritik an dem Vorgehen der Politik, die wieder einmal politischen Problemen allein mit der Verschärfung von Strafgesetzen begegnet, ist das Verbot ein Erfolg der jahrelangen Arbeit der antifaschistischen Bewegung",so Fröhlich.

Rieger war mit seiner Klage gegen das im Jahr 2005 erfolgte Verbot der Demonstration bereits vor dem Verwaltungsgericht gescheitert. Dieses Urteil war zunächst vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt worden, der allerdings die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen hatte. Grundlage des Verbotes ist der 2005 geänderte Strafbestand der Volksverhetzung. Die sich hier ergebenden auch verfassungsrechtlich schwierigen Fragen wurden nun erstmals vor dem höchsten Verwaltungsgericht Deutschlands nach umfassender Prüfung entschieden. Hiergegen kann sich Rieger nur noch mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht wenden.

Eine von Rieger angekündigte „nicht öffentliche" Ersatzveranstaltung in einem Gasthof im Umkreis von 30 km um Wunsiedel, der über ein großes Freigelände verfügen soll, ist nach Ansicht der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!" ein „kläglicher Versuch der Nazis einen Ausweg aus der rechtlichen Niederlage zu finden". Letztlich wird eine Saalveranstaltung Riegers keine annähernd ähnliche politische Bedeutung haben, wie die früheren Hessgedenkmärsche", so Kampagnensprecherin Fröhlich. Es bleibt abzuwarten, ob die Naziszene das Verbot akzeptiert und sich auf eine Saalveranstaltung vertrösten lässt oder ob es erneut den Versuch geben wird, regionale Demonstrationen durchzusetzen.

Nach dem endgültigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die erwartete Verfassungsbeschwerde Riegers wird die Kampagne endgültig entscheiden, wie sie ihre Aktivitäten fortsetzt.

PM der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!" www.ns-verherrlichung-stoppen.tk ■

Mit Mörder solidarisch

WITTMUND. Der „JVA-Report" mit Postfach in Wittmund bietet „Soli-Hemden" für den 1997 zu lebenslanger Haft verurteilten Polizistenmörder und Neonazi Kay Diesner an. Diesner benötige das Geld für den Rechtskampf, um 2012 nach insgesamt 15 Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Diesner hatte 1997 einen Berliner Buchhändler, der der PDS angehörte, und wenige Tage später bei einer Verkehrskontrolle einen Polizisten mit Schüssen verletzt und einen weiteren Polizisten erschossen. *hma* ■

Rabehl beim „Dienstagsgespräch"

BERLIN. Das extrem rechte Diskussionsforum „Das Dienstagsgespräch" um den ehemaligen „Republikaner"-Aktivisten Hans-Ulrich Pieper will am 5. August in Berlin eine Veranstaltung mit Prof. Dr. Bernd Rabehl durchführen. Der frühere SDS-Aktivist und Dutschke-Freund soll zum Thema „Linke Gewalt" sprechen.

Rabehl, der schon bei der NPD als Referent aufgetreten war, hatte noch Mitte Juli am diesjährigen Sommerfest der Freunde der „Jungen Freiheit" teilgenommen, wo der neurechte französische Publizist Alain de Benoist als Festredner aufgetreten war. *hma* ■

Rechtskräftig verurteilt

DÜSSELDORF. Der Bundesgerichtshof hat die Revision des Düsseldorfer „Republikaner"-Stadtrates Jürgen Krüger gegen ein Urteil des Landgerichts vom Mai 2007 als „unbegründet" verworfen. Krüger, der unlängst wieder in den Landesvorstand der Partei gewählt wurde, ist damit rechtskräftig als Wählertäuscher verurteilt und muss nun eine Strafe über 6400 Euro (160 Tagessätze) zahlen, weil er vor der Landtagswahl 2005 mindestens 139 Unterstützungsunterschriften für die „Republikaner" durch eine „groß angelegte Täuschungsaktion" erlangt habe. *hma* ■

„Tag der Heimat" in Berlin

BERLIN. Die Auftaktveranstaltung zum so genannten „Tag der Heimat" findet in diesem Jahr am 6. September um 12 Uhr im Internationalen Congress Centrum (ICC) in Berlin statt. Als Redner auf der Veranstaltung, die unter dem Motto „Erinnern und verstehen" stattfindet, sind neben der Präsidentin des „Bund der Vertriebenen" (BDV), Erika Steinbach, der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und der neue Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, vorgesehen. Zollitsch, ein gebürtiger Donauschwabe, soll für seine Verdienste zudem die Ehrenplakette des BDV verliehen bekommen. *hma* ■

Eigentum eingefordert

HAMBURG. Der „Grundeigentümerverband der Vertriebenen e.V." um Otto Callies, in den 90er Jahren stellvertretender Landesvorsitzender der sog. „Republikaner" in Hamburg, sucht Mitstreiter für eine Protest- und Petitionsaktion vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Die EU soll dabei aufgefordert werden, den „Vertriebenen" zu ihrem „Recht" auf Eigentum zu verhelfen. Angesprochen werden Forderungen gegen Polen und Tschechien. *hma* ■

Schlappe für NPD in Krefeld

KREFELD. Gleich vier Informationsstände in der Innenstadt und eine Großkundgebung auf dem Theaterplatz hatte die NPD für den 19. Juli in Krefeld angekündigt. Aber es kam anders. Die Nazis schafften es lediglich, zwei der Informationsstände durchzuführen, und zu der geplanten Kundgebung kamen gerade einmal 19 NPD-Anhänger. Da die Lautsprecheranlage aber nicht funktionierte, brachen sie ihre Veranstaltung – unter dem Gelächter vieler Umstehender – schon nach 30 Minuten ab. Dem Krefelder „Bündnis für Toleranz und Demokratie" gelang es dagegen innerhalb nur weniger Tage, etwa 400 TeilnehmerInnen zu antifaschistischen Gegenveranstaltungen zu mobilisieren. Auf Unverständnis traf wieder einmal das Verhalten der Krefelder Polizei. Eine Gruppe junger AntifaschistInnen war in der Nähe der Königstraße/Seidenweberhaus den abziehenden Nazis zu nah gekommen. Die Polizei kesselte die Gruppe und alle, die sich zu dieser Zeit auf der Straße aufhielten, ein und begann mit Durchsuchungen und der Feststellung der Personalien. Vermutlich war es der einsetzende Wolkenbruch, der zu einem raschen Ende der Einkesselung führte, wobei die Polizei drei AntifaschistInnen mitnahm.

Nach dieser Schlappe kündigte die NPD nun die wöchentliche Durchführung von Informationsständen im Krefelder Stadtgebiet an. *peb* ■

Humangenetiker bekennen Mitschuld an Nazi-Gesetzen

Deutsche Humangenetiker haben erstmals geschlossen eine „schwere Schuld" ihrer damaligen Fachkollegen am Massenmord von behinderten Menschen in der Zeit des deutschen Faschismus eingeräumt. 75 Jahre nach der Verkündung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" am 14. Juli 1933 sprach die Deutsche Gesellschaft für Humangenetik von einer maßgeblichen Beteiligung deutscher Ärzte und Wissenschaftler an den menschenverachtenden Paragrafen. Deutsche Ärzte waren sowohl an der Vorbereitung und pseudowissenschaftlichen Begründung als auch an systematischen Verbrechen, von der Zwangssterilisation bis zur gezielten Tötung, beteiligt gewesen. Durch den Missbrauch ihrer wissenschaftlichen Autorität treffe die Humangenetiker von damals eine schwere Schuld, teilte die Deutsche Gesellschaft für Humangenetik am 14. Juli 2008 mit. Das Gesetz sei die Grundlage für eine systematische und gewalttätige Missachtung fundamentaler Menschenrechte gewesen: Nach 1933 wurden zunächst vermutlich 400 000 Menschen durch Zwangssterilisationen verstümmelt. Einige tausend starben an den Folgen dieser Operationen. Am Ende mündete die staatlich gesteuerte Entrechtung behinderter Menschen im Massenmord der sogenannten Euthanasieprogramme. *Dr. Axel Holz*

www.kueste.vvn-bda.de ■

KDS erklärt Auflösung

ALTENBURG/KÖLN/LANGEN. Wie Thomas Gerlach, Axel Reitz und Thomas Brehl mitgeteilt haben „wird der Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) mit sofortiger Wirkung aufgelöst". Die Bilanz sei nach zehn Jahren zu dürftig, man habe weder „sein Ziel eine richtungsweisende Querfrontstrategie zu betreiben" erreicht, noch sei man zum Erfolgsmodell geworden. Eine Organisation des Nationalen Widerstandes dürfe nicht „zum Selbstzweck verkommen".

Weitermachen will man aber auf jeden Fall: „Das Ende des KDS (wird) gleichzeitig der Anfang neuer Projekte und der Aufbruch zu effektiverem Handeln sein", heißt es in der Erklärung. Man habe eine „hochmotivierte, weltanschaulich gefestigte Schar treuer Aktivisten" gefunden, die sich neuen Herausforderungen stellen würden.

Während die Erklärung bereits auf der Internetseite der AG Rheinland verbreitet wird, ist der Internetauftritt des KDS unverändert im Netz. In Berlin will man sowieso als „lokaler Zusammenschluß" weitermachen. *u.b.* ■

NPD-NRW startet „Ausländerstopp"-Kampagne

NRW. Mit Flugblattaktionen, Infostandaktionswochen im September und Oktober und Saalveranstaltungen in verschiedenen Städten will die NPD NRW eine Kampagne gegen „Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität" durchführen. Abgeschlossen werden soll die Kampagne mit einer „Großdemonstration in einer nordrhein-westfälischen

Großstadt". Angesichts der Pro NRW-Aktivitäten zieht der NPD-Landesverband nun offensichtlich nach, um seinerseits die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen anzugehen. Zur Kampagne wurde eine Website (ausländerstopp-nrw.de) eingerichtet. Für die Materialien ist ihnen nichts Neues eingefallen. Unter anderem wurde das „Gute Heimreise" Plakat wieder aufgelegt. Das Plakat, das bereits im Europawahlkampf 2004 eingesetzt wurde, hatte die Bremer Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung zunächst beschlagnahmt und Anzeige gegen den Bundesvorstand der NPD erstattet, unterlag damit aber vor Gericht. *u.b.* ■

Rieger hat den Heisenhof zurück

Jürgen Rieger ist zurück auf dem Heisenhof in Dörverden. Auch über das Schützenhaus im thüringischen Pösneck darf Rieger wieder verfügen. Das Landgericht Gera verwarf zuvor ein Gerichtsverfahren gegen Rieger und seine Wilhelm Tiedjen Stiftung. Das Gericht sollte in den letzten Monaten über ein Liquidationsverfahren gegen Rieger und seine Wilhelm Tiedjen Stiftung entscheiden. Hintergrund des Verfahrens waren Formfehler Riegers bei der Betreibung seiner Firma. Diese war im englischen Handelsregister eingetragen. Nachdem diese Formfehler bekannt wurden, wurde die komplette Stiftung aus dem Register gestrichen, der Besitz fiel an die englische Krone.

In den letzten Monaten gelang es Rieger, diese Formfehler zu beseitigen und seine Firma erneut eintragen zu lassen. Mit der Verwerfung des Gerichtsverfahrens durch das Landgericht Gera hat Rieger nun wieder Zugriff auf seine Grundstücke in Pösneck und Dörverden.

Zumindest das Gebäude in Dörverden soll aber mittlerweile erheblich heruntergewirtschaftet und baufällig geworden sein. Soweit bekannt besteht weiterhin Wohnverbot auf dem Gelände in Niedersachsen.

Quellen:www.recherche-nord.com, www.ndr.de, w.heisenhof.info ■

Störversuch von Rechtsextremen in Schöneweide

BERLIN. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Let's push things forward" führte das Antifaschistische Bündnis Südost (abso) heute erfolgreich eine Veranstaltung zum Thema „Rechtsextremismus in den Parlamenten" durch. Die Besucher/-innen des Informationsabends in der Brückenstraße in Niederschöneweide zeigten sich interessiert und zufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung und die Veranstalter/-innen werteten den Abend als vollen Erfolg.

Die bereits seit längerer Zeit zu beobachtende enge Zusammenarbeit der Berliner NPD mit gewaltbereiten Neonazis war auch an diesem Abend wieder zu sehen:

Bereits eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn sammelten sich 15 NPD-nahe Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen Kameradschaften „BASO" und Kameradschaft Tor wie auch dem aufgelösten „Märkischen Heimatschutz" Berlin im Umfeld der Veranstaltung, bauten eine Drohkulisse im Kiez auf und versuchten so, interessierte Bürger/-innen vom Besuch der angekündigten Veranstaltung abzuhalten. Nachdem ihnen der Zutritt zur Veranstaltung selbst verwehrt wurde, sammelten sich etwa drei Dutzend vermummte Neonazis auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu einer Kundgebung, welche bis zum Ende der Veranstaltung andauerte. Bei der Abreise wurden die anwesenden Besucher/-innen zum Bahnhof verfolgt und abfotografiert. Neonazis der verbotenen Kameradschaft Tor waren an der Kundgebung mit Transparenten beteiligt, ebenso wie der Zusammenhang so genannter „Autonomer Nationalisten" aus Berlin-Rudow, der schon zuvor durch seine besondere Brutalität bei Gewalttaten gegen Andersdenkende aufgefallenen war.

Die Sprecherin des Antifaschistischen Bündnisses Südost, Tina Böhm, dazu:

„Der heutige Abend hat bewiesen, dass die verbotenen Zusammenhänge um die Berliner Alternative Südost weiterhin im Berliner Südosten aktiv sind und auf die Unterstützung durch weitere gewaltbereite Neonazis aus dem gesamten Berliner Raum setzen können. Während die NPD versucht, ihre menschenverachtende Ideologie in die Bezirksverordnetenversammlungen Berlins zu tragen, bedrohen gewaltbereite Neonazis Initiativen, welche sich gegen ihre Bestrebungen im Bezirk richten. Unser Ziel auch über die Veranstaltungsreihe hinaus ist es, alternativer Kultur im Bezirk Räume zu geben und nicht-rechte Jugendliche zu unterstützen. Damit sind wir den Nazis ein Dorn im Auge. Wir lassen uns nicht einschüchtern, sondern sehen den heutigen Abend als Zeichen dafür, wie wichtig es ist, auch weiterhin mit antifaschistischer Politik im Bezirk präsent zu sein."

abso@no-log.org ■

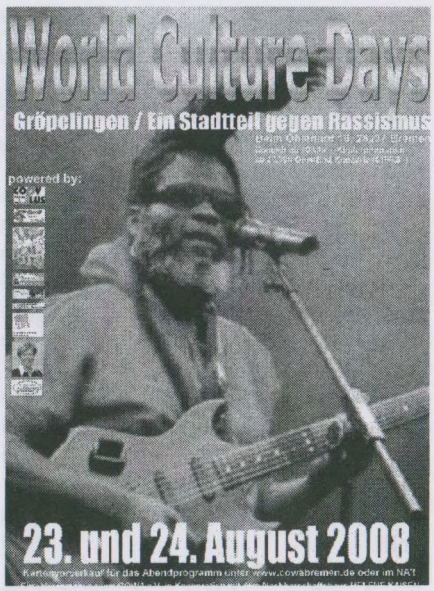
Gewalttätige Übergriffe durch Nazis aus der Rhein-Neckar Region

MANNHEIM. Am vergangenen Wochenende schlugen Nazis aus der Rhein-Neckar Region in Mannheim und Bonn Jugendliche zusammen. Vermeintliche politische GegnerInnen waren die Betroffenen.

In der Nacht von Samstag den 12.7. auf Sonntag den 13.7.8 kam es zu einem Übergriff im Mannheimer Stadtteil Jungbusch. Gegen 0.45 Uhr liefen drei Jugendliche über die Kreuzung Ecke Dalbergstraße / Werftstraße und passierten eine Gruppe junger Männer. Eine Person aus dieser Gruppe versperrte ihnen den Weg und schlug einem der Jugendlichen mit den Worten „Good night white pride, oder was?" auf die Brust. Zwei weitere attackierten ihn von hinten. Als er zu Boden ging, trat die gesamte Gruppe von allen Seiten mehrmals auf ihn ein. Auch einer seiner Begleiterinnen, die ihm zur Hilfe kommen wollte, schlugen die Nazis mehrmals ins Gesicht.

„Good night white pride" ist ein bekanntes antifaschistisches Logo, welches sich gegen Nazis und eine vermeintliche Überlegenheit einer halluzinierten „weißen Rasse" richtet.

Der zweite Übergriff ereignete sich wenige Stunden zuvor am Bonner Hauptbahnhof. Vier Jugendliche aus Mannheim waren auf dem Rückweg eines Ausflugs, als am Bonner Hauptbahnhof Teilnehmer Innen eines Nazi-Aufmarsches in den Zug einstiegen. Darunter befanden sich ca. 40 Nazis aus Lud-



World Culture Days - Stopp den Rassismus – Ein Stadtteil gegen Rechts!

Am 23. und 24. August 2008 veranstaltet der Verein COWA, Bremen (Children of West-Africa) in Kooperation mit dem Nachbarschaftshaus Helene Kaisen die World Culture Days. Die World Culture Days unter der Schirmherrschaft von Senatorin Ingelore Rosenkötter bieten ein buntes und multikulturelles Programm auf der Bühne, im Saal und im Freien. Ein Schwerpunkt liegt auf musikalischen Darbietungen afrikanischer und einheimischer Künstler, die viele verschiedene Stilrichtungen vertreten. An beiden Tagen findet eine Kunstausstellung der Gröpelinger Malerin Britta Gorontzy und dem in Gröpelingen lebenden Künstler ‚Souleman aus dem Senegal statt. *Weitere Infos unter: www.cowa-bremen.de* ■

wigshafen und der Vorderpfalz, die wohl an der Demonstration in Bonn gegen die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien teilgenommen hatten. Als die Nazis die Jugendlichen sahen und antifaschistische Symbole erkannten, begannen sie sofort auf sie einzuschlagen, zu treten, sie zu bespucken und zu demütigen. Mehrere PolizistInnen waren während des gesamten Vorgangs anwesend und konnten den Übergriff mitverfolgen, kamen den Jugendlichen aber nicht zur Hilfe. Erst nachdem die Nazis damit begannen, auf weitere Menschen einzuprügeln und aus dem stehenden Zug zu werfen, griffen einige Beamte ein. Es kam jedoch weder zu Festnahmen noch wurden die Personalien der Nazis festgestellt.

In der Rhein-Neckar Region tummeln sich zahlreiche extrem rechte bis hin zu offen nazistische Organisationen. Mit der NPD, den Republikanern oder der Deutschen Liste seien nur einige genannt. Das Netzwerk der lokalen Kameradschaften, das so genannte „Aktionsbüro Rhein-Neckar" hat sich zu einer der aktivsten Nazistrukturen in Westdeutschland entwickelt. Die kulturelle Untermalung wird z.B. durch den extrem rechten Musikversand Gjallarhorn Klangschmiede aus Ludwigshafen besorgt. Vor dem Hintergrund derart ausgebauter Nazistrukturen, die von offizieller Seite weitgehend unbehelligt bleiben, sind Übergriffe wie am vergangenen Wochenende eine logische Konsequenz.

Da Aufklärung und juristische Verurteilung solcher Angriffe eine Seltenheit sind, hilft nur konsequente Gegenwehr und Intervention aller antifaschistischen Kräfte gegen die Nazis in der Region und überall. *Arbeitskreis Antifaschismus*

Mannheim, 18.7.2008 ■

Sommerbiwak der 1. Panzerdivision Hannover

Am 22.8.2008 feiert die 1. Panzerdivision Hannover zum 35. Mal ihr Sommerbiwak. An diesem Tag wird rund um das Congress Centrum Hannover ein Aktionstag gegen Krieg, Militarisierung und das Sommerbiwak stattfinden. Im Aufruf dazu heißt es:

KEINE FEIER MIT DER 1. PANZERDIVISION! KEIN FRIEDEN MIT DER BUNDESWEHR!

Am 22.8. findet im Stadtpark am Hannoverschen Congress Centrum das 35. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision statt. Die erste Panzerdivision ist nicht irgendeine Truppe des deutschen Heeres. Sie ist mit der Umgestaltung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee die Eingreifdivision des deutschen Heeres geworden. Sie ist demnach zuständig für Angriffskriege.

Dafür ist die Divisionsstärke von 10.000 auf 19.000 SoldatInnen aufgestockt worden. Um die Einsatzfähigkeit zu erhöhen, besteht die Division fast ausschließlich aus Berufs- und ZeitsoldatInnen. Momentan sind 4.500 dieser SoldatInnen auf drei Kontinenten im Auslandseinsatz. Die „Schnelle Eingreiftruppe", mit der die BRD ihren Afghanistaneinsatz ausweitet, setzt sich aus Einheiten der 1. Panzerdivision zusammen.

Aber auch im Inneren ist die 1. Panzerdivision an vorderster Front: Fennek-Spähpanzer waren im Juni 2007 rund um den G8-Gipfel gegen GlobalisierungskritikerInnen im Einsatz.

Warum findet dieses Fest statt?

Eine Armee im Einsatz, so sagen es Militärs und ihre SoziologInnen selbst, braucht die aktive Unterstützung der Bevölkerung. Um diese Unterstützung zu bekommen, lässt sich die Bundeswehr eine Menge einfallen: von Beach-Volleyball-Turnieren bis zu öffentlichen Gelöbnissen, von Tagen der offenen Tür bis zu Auftritten auf Messen und Marktplätzen. Nicht zu vergessen die Werbeveranstaltungen an Schulen und Arbeitsämtern, bei denen sie sichere Jobs mit guter Bezahlung verspricht.

Der Sinn des Sommerbiwaks ist es, immer wieder die aktive Unterstützung der gesellschaftlichen Eliten für das deutsche Militär zu demonstrieren. Hannovers ehemaliger Oberbürgermeister Schmalstieg hat dies in seinem Grußwort einmal so zusammengefasst: „Dieser Rahmen ist alljährlich ein hervorragender Anlass, die guten Kontakte zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Politik noch weiter zu vertiefen." Wer also meint ‚Sollen sie doch besser feiern als Krieg führen', der irrt. Sie feiern, damit sie Krieg führen können!

Wozu intervenieren Sie?

Die Transformation der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee ist weder dem Zufall noch dem bösen Willen einzelner PolitikerInnen geschuldet. Angesichts knapper werdender Ressourcen und einer Weltwirtschafts(un-)ordnung, die für immer größere Teile der Welt Hunger und Elend bereit hält, etabliert der „Westen" unter dem Vorwand der Terrorabwehr eine Sicherheitsarchitektur, die zunehmend militarisiert wird. Die Abschottung nach Außen – mit Grenzregimen, Zäunen, Mauern und Lagern – korrespondiert dabei mit weltweiten Interventionen, die den Zugriff auf „unsere" Rohstoffe und die Freiheit der Handelswege sichern sollen. Zivile Möglichkeiten der Entwicklungshilfe und der Politik werden zunehmend an die militärischen Erfordernisse angepasst und diesen untergeordnet. Humanitäre Anliegen verkommen zur bloßen Propaganda, denn diese Sicherheitsarchitektur hält die weltweiten Verhältnisse, die Hunger und Elend hervorbringen, aufrecht, statt sie zu verändern.

Nicht in unserem Namen!

Wir haben das Auftreten der 1. Panzerdivision in Hannover wiederholt öffentlich kritisiert. Wir haben gegen das Sommerbiwak demonstriert, sind gegen ihr Adventskonzert in der Marktkirche vorgegangen, haben gegen die Patenschaft der Stadt Hannover und die feierliche Verabschiedung durch den Landtag protestiert.

Gemeinsam rufen wir auf zu einem Tag des Protestes und der Gegenöffentlichkeit gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision. Mit Kundgebungen, Demonstrationen, einem Friedensbiwak und Aktionen wollen wir uns der Propagandaveranstaltung für das Militär in Hannover entgegenstellen.

Unsere Freiheit gemeinsam Widerstand zu leisten – werden wir uns nicht nehmen lassen. Unser Ziel ist es, die 1. Panzerdivision aus der Öffentlichkeit zu drängen, Interventionskriege unmöglich zu machen – letztlich die Bundeswehr abzuschaffen.

Antimilitaristischer Aktionskreis Hannover ■

Eintritt frei für Nazis?

Hamburger Gericht stärkt „Wortergreifungsstrategie" der Neofaschisten – Was können AntifaschistInnen tun?

Am 21. Juli 2008 erklärte das Hamburger Verwaltungsgericht eine angestrebte und durch die Polizei erzwungene Teilnahme von Neofaschisten an einer Veranstaltung der DGB-Jugend im November 2006 für rechtens. Diese Entscheidung speist sich aus falsch verstandener Toleranz gegenüber den Totengräbern der Demokratie und hat bedauerliche Konsequenzen für alle Menschen, die ohne Störung durch Nazis Veranstaltungen abhalten möchten.

Die Vorgeschichte

Am 16. November 2006 machte die DGB-Jugend Hamburg eine Veranstaltung zum Thema „Strukturen der rechten Szene in Hamburg-Wandsbek." Wohl wissend um die sog. „Wortergreifungsstrategie" der Neonazis, mittels derer linke Veranstaltungen vereinnahmt, gestört und gegebenenfalls auch gesprengt werden sollen, erfolgte ein Ausschluss gemäß § 6 Versammlungsgesetz. In der Einladung, e-mails, Plakaten und Pressemitteilungen hieß es: „Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD, DVU, REP und der ‚Freien Kameradschaften', haben keinen Zutritt." Trotzdem kamen an dem Abend ca. 20 Neonazis unter Führung des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Karl Heinz Göbel und begehrten handgreiflich Einlass. Die anwesenden Ordner konnten den Nazis zwar den Zutritt verwehren, wenig später kamen diese jedoch mit der Polizei zurück. Der Einsatzleiter forderte die Nazis einzulassen, da die Veranstaltung öffentlich angekündigt worden sei, andernfalls müsse die Veranstaltung abgebrochen werden. Zur Sicherheit der übrigen Veranstaltungsteilnehmer erfolgte letzteres – sie wurde später, ohne Nazis, nachgeholt. Der Vorgang sorgte für bundesweite Empörung, in der Hamburger Bürgerschaft gab es eine Debatte und zwei Anfragen zum Thema, der örtliche DGB-Vorsitzende Erhard Pumm erklärte dazu: „Es darf nicht sein, dass Rechtsextreme ihre Teilnahme an politischen Veranstaltungen gegebenenfalls mithilfe der Polizei durchsetzen und sie damit de facto verhindern können."

Der Prozess

Mittels einer Klage wollte die DGB-Jugend im Nachhinein die Unrechtmäßigkeit des polizeilichen Handelns feststellen lassen und scheiterte nun an der fast grenzenlosen Toleranz des Hamburger Verwaltungsgerichts gegenüber Neonazis.

Zwar sei der Ausschluss bestimmter „Personen und Personenkreise" durch das Versammlungsgesetz gedeckt, allerdings müsse der Ausschluss „für jedermann erkennbar" sein. Göbel und seine Kameraden konnten jedoch einen Zeitungsartikel vorweisen, in dem die besagte Veranstaltung ohne den Ausschluss-Zusatz angekündigt worden war. Die DGB-Jugend hatte ihre Pressemitteilung zwar mit entsprechendem Hinweis versehen, verständlicherweise allerdings keinen Einfluss auf redaktionelle Kürzungen. Den Vize-Präsidenten des Verwaltungsgerichts Joachim-Mathias Roggentin focht das nicht an: Dann hätte die DGB-Jugend die Medien zu überprüfen, und wenn der Zusatz nicht abgedruckt worden sei, hätte notfalls auf eine Korrektur oder den vollständigen Abdruck der Pressemeldung bestanden werden müssen. Da Veranstaltungshinweise in Zeitungen üblicherweise sehr kurzfristig erscheinen, ist der Verweis auf eine Richtigstellung müßig – sie wird fast immer zu spät abgedruckt werden.

Die Konsequenzen

Die Entscheidung des Hamburger Verwaltungsgericht betritt zwar „absolutes Neuland", so Roggentin, „dazu gibt es bisher keine Rechtssprechung", trotzdem wurden hier Möglichkeiten für neofaschistische Kräfte öffentlich aufzutreten, entschieden gestärkt. Für das Gericht ist Faschismus anscheinend doch nur eine Meinung unter vielen und kein Verbrechen.

Die taz kommentierte dementsprechend auch, der entsprechende Teil des Versammlungsgesetzes werde damit zum „Null-Paragrafen" degradiert. In einem Abschnitt irrte die Zeitung jedoch zum Glück. Neonazis können keineswegs Ankündigungen für Veranstaltungen in ihren Foren oder Zeitungen ohne Ausschlusszusatz veröffentlichen, um dann damit Zutritt zu erzwingen. Juristisch belastbar sind nämlich nur diejenigen Ankündigungen, welche der Veranstalter auch zu verantworten hat. Ein Journalist, erst Recht ein Nazi, der ein Flugblatt findet und daraufhin eine Veranstaltung bewusst oder unbewusst ohne Ausschluss nach § 6 ankündigt, handelt nicht im Sinne der Veranstalter. Er wurde nicht gezielt kontaktiert, die Verantwortung liegt somit nicht beim Veranstalter. Allerdings wird es eventuell schwierig bei einer Veranstaltung gegenüber der Polizei diese Hintergründe deutlich zu machen.

Folgendes Vorgehen erscheint vor dem geschilderten Hintergrund empfehlenswert:

Wer Veranstaltungen ohne unliebsamen Besuch machen möchte, sollte diesen auch weiterhin dringend nach § 6 Versammlungsgesetz ausschließen, den Zutritt entsprechend kontrollieren und sich ggffs. juristischen Beistand sichern.

Werbung über eigene Mittel wie Flugblätter, Plakate oder eigene Internetwerbung sind problemlos. Wer das Geld hat, kann natürlich auch Anzeigen mit entsprechendem Zusatz in Zeitungen schalten.

Pressemitteilungen mit Bitte um Abdruck oder Ankündigung müssen zukünftig vorsichtiger gehandhabt werden. Sie sollten ausdrücklich den vollständigen Abdruck der Einladung einfordern, sonst lieber gänzlich auf eine Ankündigung verzichten. Ein persönlicher Kontakt zur lokalen Presse erleichtert sicherlich dieses Vorgehen. Solidarische JournalistInnen sollten auf die neue, problematische Rechtslage aufmerksam gemacht werden.

Generell ist weiterhin ein offensiver Ausschluss von neofaschistischen Personen aus der Öffentlichkeit und aus öffentlichen Veranstaltungen zu fordern. Denn Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen. *erk* ■

Liste der Unterzeichner gegen geplanten Rassistenkongress wird immer länger

Köln. Immer mehr stadtbekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kirche und Gesellschaft schließen sich mit ihrer Unterschrift dem Aufruf der Initiative „Wir stellen uns quer" an. Seit dem ersten Pressegespräch vor drei Wochen sind trotz Ferienzeit schon über 400 Unterschriften dazu gekommen. Insgesamt sind bei der DGB-Region bislang über 600 Unterschriften Kölner Persönlichkeiten eingegangen. Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, DGB-Regionsvorsitzender, meint: „Der DGB und die Gewerkschaften in der Region Köln haben die Initiative „Wir stellen uns quer!" mit ihren Partnern ins Leben gerufen. Zu den Erstunterzeichnern gehören Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Parteien im Rat der Stadt Köln, der christlichen Kirchen, der Synagogengemeinde sowie der Ditib. Darüber hinaus stehen gesellschaftliche Gruppen sowie Künstler und Prominente hinter dem Aufruf. Ich freue mich sehr darüber, dass die Liste der Unterzeichner seit dem Anfang der Initiative so schnell angewachsen ist und noch immer weiter anwächst. Ich hoffe, dass es gelingt, mit ganz vielen Unterschriften unter unseren Aufruf unseren Protest so deutlich zu machen, dass diese Rassistenveranstaltung verboten werden kann. Wenn dies nicht gelingt, dann sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, am 20. September vormittags in die Kölner Innenstadt zu kommen und sich dort quer zu stellen."

Der Aufruf ist auf der DGB-Home-page abrufbar unter: **www.dgb-region-koeln.de**

Auf der Homepage können sowohl Organisationen als auch Privatpersonen den Aufruf unterzeichnen. *PM DGB Region Köln, 17.7.08* ■

GERA. In Gera demonstrierten am Samstag, 20. Juli 400 Menschen gegen einen alljährlichen bundesweiten Naziaufmarsch. Die Hälfte beteiligte sich am antifaschistischen Block „Naziaufmärsche stören – Holen wir uns die Straße zurück". Den Tag über kam es in der Innenstadt zu vereinzelten Konfrontationen mit Neonazis. An deren Aufmarsch beteiligten 600 - 800 Personen – etwa so viele wie im Vorjahr. Es war seit 2003 die sechste NPD-Veranstaltung mit Rechtsrockbands und Propagandareden in der Stadt. „Es gelang zwar nicht, die NPD bei ihrem Aufmarsch zu behindern, doch wir sehen einen positiven Trend. Zukünftig werden wir alles daran setzen, dass sich noch mehr Menschen an den Protesten beteiligen", so die Pressesprecherin der AAG. Bereits am 2. August wird dies notwendig sein. Dann planen antifaschistische Gruppen eine Demonstration gegen einen weiteren NPD-Aufmarsch in Greiz. *http://aag.antifa.net* ■

Ein einflussreicher Alter Herr

Norbert Weidners Karriere vom militanten Neonazi zum Burschenschafts-Funktionär

Beim letzten Burschentag im Mai 2008 in Eisenach wurde der ehemalige FAP-Funktionär Norbert Weidner aus Hamburg zum „Schriftleiter" der Burschenschaftlichen Blätter (BBl) gewählt. Mit Weidner sitzt ein ehemaliger NRW-Landesgeschäftsführer der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) auf einem der wichtigsten Posten der völkischen „Deutschen Burschenschaft" (DB). Mal wieder konnte sich damit beim Burschentag der extrem-rechte Flügel der DB, die sog. „Burschenschaftliche Gemeinschaft" (BG) durchsetzen. Auch Weidners Vorgänger, Herwig Nachtmann, rechtskräftig verurteilter Neofaschist, kommt aus einer BG-Burschenschaft. Dessen österreichische „Brixia Innsbruck" war in den 60er Jahren in rechts-terroristische Anschläge verstrickt. Mit der Wahl Weidners zum Chefredakteur der wichtigsten Zeitschrift aus dem Spektrum der Korporationen wird also Kontinuität gewahrt.

Aussteiger oder ...?

Norbert Weidner hat eine lange Karriere durch verschiedene neonazistische Organisationen durchlaufen. Schon mit 15 kam er über die „Wiking-Jugend" (verboten) zur FAP, deren engstem Führungszirkel er bis 1994 gehörte. Im Sommer 1993 organisierte er noch den jährlichen Rudolf-Hess-Marsch in Fulda. Außerdem war er im Vorstand der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene" und organisierte die Auslandskontakte der FAP. Dann beendete Weidner plötzlich seine Karriere im militanten Nazispektrum. Gegenüber der taz erklärte er 1995: „Ich steige nicht aus, ich ziehe mich zurück... Ich will raus, ohne jemand zu verraten oder mich politisch zu prostituieren wie etwa Hasselbach oder jetzt Althans." (Zwei echte Aussteiger). Das Ende seiner Nazi-Karriere hatte im wesentlichen persönliche Gründe, er wollte seine Ausbildung beenden und das Leben genießen. Auf Gewalt, Aufmärsche und überzeugte Hitleristen verzichtete Weidner, zukünftig – auf eine rechte Gesinnung nicht. „Ich würde mich eher in der Tradition der neuen Rechten als Ethnopluralist bezeichnen. Ich bin für die freie Entfaltung der Kulturen" erklärte Weidner im gleichen Interview. Mit seinen, bei Alain de Benoist entlehnten, Einstellungen ist Weidner bei der Deutschen Burschenschaft seit Jahren richtig. Die pflegt schließlich seit der Gründung einen völkischen, „deutschtums-bezogenen Vaterlandsbegriff", nimmt nur „deutschstämmige" Mitglieder auf und erhebt revanchistische Gebietsforderungen gegenüber den europäischen Nachbarn. Auch der Verfassungsschutz attestierte Weidner 1995 zwar eine glaubhaft vollzogene Abkehr von der FAP, gerade noch rechtzeitig vor deren Verbot „ohne dass er jedoch mit seinem Weltbild gebrochen hätte."

....nur Umsteiger?

Inzwischen ist Norbert Weidner Diplom-Wirtschaftsjurist, zog von Bonn nach Hamburg und machte burschenschaftliche Karriere. Schon lange ist er Alter Herr der Schülerverbindung „Hoffmann von Fallersleben" und der Studentenverbindung „Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks". Die Raczeks gehören der BG an und fielen in den letzten Jahren immer wieder durch ihre Nähe zum neofaschistischen Spektrum auf. Weidner selbst ist seit Jahren Pressesprecher der DB und vor allem damit beschäftigt, Kritikern von Korporationen entgegen zu treten. So setzte sich Weidner in den BBl 2/2008 für mehrere angeblich verfolgte Verbandsbrüder ein, wie z.b. Prof. Michael Vogt, der wegen NPD-Nähe und rechter Tätigkeiten seine Honorar-Professur in Leipzig verlor. Der Hauptfeind steht für Weidner immer noch links, und das beginnt für ihn schon bei Mainstream-Medien wie dem Spiegel. Entsprechend unterstützt er auch die neurechte Junge Freiheit in ihrem Kampf gegen „political correctness". Weil Weidner eine zunehmende Abgrenzung des CDU-nahen „Ringes Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS) gegenüber den völkischen Burschenschaften zu beobachten meint, hält er die „Gründung einer neuen und bundesweiten hochschulpolitischen Vertretung wertkonservativer Positionen" für wünschenswert. Als Vorbild schlägt er in den BBl 2/2008 den österreichischen „Ring freiheitlicher Studenten" vor, der am äußersten rechten Rand der FPÖ agiert.

...und in Hamburg?

Seit Weidner 2007 nach Hamburg zog, pflegt er freundschaftliche Kontakte zur Burschenschaft Germania. Man kennt sich schließlich aus der BG, der auch die Verbindung aus der Sierichstr. angeschlossen ist. Die braunen Burschen aus Winterhude sorgten nun für einen Rechtsruck in der Hamburger Altherrenschaft:

Die Alten Herren vor Ort sind in der „Vereinigung Alter Burschenschafter Hamburg" (VAB Hamburg) vereinigt. Ein einflussreicher Kreis, wenn man bedenkt, wie viele Alte Herren Karrieren gemacht haben, die Burschenhäuser finanzieren und über Seilschaften für entsprechenden Nachwuchs sorgen. Die Germania ist die einzige Hamburger Burschenschaft aus dem Rechtskartell BG und in der Altherrenschaft der Hansestadt nicht unumstritten. Vorsitzender der VAB Hamburg war 28 Jahre lang ein eher gemäßigter Alter Herr. Ende 2007 wurde nun aus Kreisen der Germania ein neuer Alt-Herren-Stammtisch gegründet, „der sich auch der beruflichen Kontaktpflege jüngerer Mitglieder verpflichtet fühlt" und der scheinbar schnell an Einfluss gewonnen hat. Anfang Februar wurde jedenfalls der Vorstand der VAB Hamburg neu gewählt. Erster Vorsitzender ist jetzt der Germane Marko Werner und Schriftwart ein Ex-Straßenkämpfer und ehemaliger Anti-Antifa-Aktivist: Norbert Weidner.

erk ■

NPD reicht Wahlunterlagen in allen bayerischen Bezirken ein

Unterstützungsunterschriften gefälscht?

MÜNCHEN. Obwohl Untersuchungen des Meinungs-Potenzials für Bayern einer rechtsextremen Kandidatur Chancen bescheinigen, hatte es die NPD schwer, die erforderlichen Unterstützungsunterschriften beizubringen. AIDA-Archiv berichtet, dass die Staatsanwaltschaft untersucht, ob Fälschung im Spiel war (siehe unten). Zunächst allerdings nach Berichten von npd-blog kann die NPD melden, dass sie das Unterschriftenziel erreicht hätte. Am 1. August werden die Wahlausschüsse in den sieben bayerischen Bezirken über die Zulassung der Kandidaturen entscheiden. Und wie steht es mit den Wahlchancen? In den Wahlumfragen (www.wahlrecht.de) steht das Stimmpotenzial für Rechtsextreme konstant weit unter den fünf Prozent. Es ist aber auch möglich, dass viele rechtsextrem eingestellte Wählerinnen und Wähler bei Umfragen mit ihrer Meinung hinter dem Berg halten. Die NPD jedenfalls versucht am rechten Rand der CSU zu nagen, die von ihr als „volksvergessen" bezeichnet wird.

Hausdurchsuchungen bei der NPD-Oberbayern

18.7.08. AIDA-Archiv. Die Probleme der NPD, die zum Wahlantritt in Oberbayern notwendigen 2000 Unterstützungsunterschriften zusammen zu bekommen, sind schon vor Wochen bekannt geworden. Nun gibt es anscheinend Hinweise darauf, dass NPD-Mitglieder im Bezirk Oberbayern zum Abgabeschluss mit kriminellen Mitteln nachgeholfen haben könnten.

Ausgerechnet am Stichtag für die letztmögliche Abgabe solcher Unterschriften, am 17. Juli 2008, veröffentlichte der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt eine Erklärung, die es in sich hat: Voigt berichtet von vier Hausdurchsuchungen bei NPD-Funktionären im Bezirk Oberbayern am Montag dieser Woche. Dabei seien 500 Unterschriftenformulare von der Polizei unter dem Verdacht der Unterschriftenfälschung beschlagnahmt und mitgenommen worden. 350 davon seien, so Voigt, „bereits von den Einwohnermeldeämtern bestätigte Unterschriften" gewesen. Weiter beklagt sich der Parteichef über eine erkleckliche Anzahl von durch die Behörden wegen Unleserlichkeit aberkannten Unterschriften.

Ohne weiter auf den zugrunde liegenden Vorwurf der Fälschung einzugehen, stellt sich für den Politologen Voigt das ganze als „stetiges undemokratisches Handeln" aus „nackter Angst" dar. Die Polizeiaktionen seien Beweis dafür, dass den „etablierten Politikern" „eine gewaltige Portion Angst (...) in die Hosen gefahren" sei. In seiner Erklärung schreibt Voigt weiter: „Das, so meine ich, ist auch gut so, denn die vaterlandslosen Gesellen müssen in der Tat Angst vor einem nationalen Erwachen in Deutschland haben."

Eine zukünftige NPD-Regierung, fantasiert der NPD-Chef, werde „Minister, Abgeordnete wie auch Beamte daraufhin überprüfen lassen, ob sie (...) zum Wohle des deutschen Volkes gehandelt haben. Die Angst erwischt und eines schönen Tages vielleicht sogar bestraft zu werden, ist also begründet und sollte uns schon bald Millionen neue Wähler zutreiben".

Angesichts der Schwierigkeiten, ganze 2000 Unterstützungsunterschriften einholen zu können, scheint die NPD von solchen Verhältnissen allerdings weit entfernt zu sein.

Sollten sich die im Raum stehenden Fälschungsvorwürfe bestätigen, wären NPD-Kandidaturen im Bezirk Oberbayern nicht möglich – und der gesamte NPD-Wahlantritt zu den bayerischen Landtagswahlen am 28.9. nurmehr ein aussichtsloses, ja unsinniges Unterfangen.

www.aida-archiv.de

Erstmals seit 1972 flächendeckend

22.7.08. Das etwas irreführend benamste antifaschistische „npd-blog.info" berichtet: Nachdem in den vergangenen Wochen spekuliert worden war, dass die NPD in Bayern nicht genügend Unterstützeruntschriften einsammeln könnte, vermelden die Rechtsextremisten nun doch Vollzug. Erstmals seit 1972 treten sie nach eigenen Angaben flächendeckend bei einer Landtagswahl in Bayern an. Die Erstauflage der Wahlzeitung werde nun bereits verteilt, so die NPD, über die Auflage erfährt man allerdings nichts. Zu den Zielen für die Landtagswahl am 28. September schreiben die Rechtsextremisten:

„Die bayerische und fränkische NPD wird alles in ihrer Macht stehende tun, um der volksvergessenen CSU ihre verlogene Maske vom häßlichen Gesicht zu reißen und sich als wählbare Alternative zu präsentieren."

http://npd-blog.info/

aus Münchner Lokalberichte Nr. 15, 24.7.2008 ■

Initiative des Kreisjugendsrings im Kinder- und Jugendhilfeausschuss des Stadtrats gescheitert

München. Mit einem Antrag auf Dringlichkeit forderte der Kreisjugendring München die Stadt auf, den verstärkten Aktivitäten von Rechtsextremisten entschlossen entgegenzutreten. Von den in den Ausschüssen vertretenen Parteien stimmte lediglich die Stadträtin der LINKEN Dagmar Henn dem Antrag des Kreisjugendrings München Stadt zu.

ms / www.dielinke-muenchen-stadtrat.de ■

Dringlichkeitsantrag wegen Vorfällen mit rechtsextremen Hintergrund

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

• Die Landeshauptstadt München soll zügig adäquate Informations- und Beratungsmöglichkeiten für Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte und Multiplikator/innen zum Themenbereich „Rechtsextremismus in München" schaffen. Initiativen und Organisationen, die in diesem Feld bereits tätig sind, müssen einbezogen werden.

• Die Landeshauptstadt München soll durch geeignete Maßnahmen den Schutz von Veranstaltungen und Räumen der Jugendarbeit gegen rechtsextreme Übergriffe und Beeinträchtigungen sicherstellen.

• Die Landeshauptstadt München soll durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass keine städtischen Räume rechtsextremen Gruppen überlassen werden.

• Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Münchner Großbrauereien und den Hotel- und Gaststättenverband aufzufordern, Raumüberlassungen an Rechtsextreme in ihren Gaststätten zu unterbinden.

• Das Kulturreferat und die Gründungsdirektion werden aufgefordert, das geplante Münchner NS Dokumentationszentrum so zu gestalten, dass vor allem Jugendliche einen Zugang zur Geschichte des Nationalsozialismus finden. Jugendliche sollen aktiver und mitbestimmender Teil des Bildungsortes NS Dokumentationszentrum sein.

Begründung für die Dringlichkeit:

In den letzten Wochen haben sich Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund besorgniserregend gehäuft. Wir befürchten, dass in den nächsten Tagen und Wochen weitere Aktionen und Aktivitäten der einschlägigen Gruppierungen stattfinden und dann erneut Veranstaltungen der Jugendarbeit gestört oder beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund halten wir es für dringend geboten, ein deutliches Zeichen der Stadt München gegen solche Aktivitäten zu setzen und damit nicht bis nach der Sommerpause zu warten. →

Einige aktuelle Beispiele:

Aktionen der BIA gegen den Michael-Schmidpeter-Preis

Der Michael-Schmidpeter-Preis wird jährlich von Lambda Bayern, dem Dachverband Les-BiSchwuler Jugendverbände (www. lambda-bayern.de) an Schülerinnen und Schüler verliehen, die sich mit dem Thema „Homosexualität" auseinander gesetzt haben. Der Preis ist benannt nach einem Schüler, der sich 2006 das Leben nahm, weil er mit seiner Homosexualität nicht zurecht kam. Der BIA Stadtrat Karl Richter erklärte dazu: „Es ist geradezu skandalös, daß sich Oberbürgermeister Ude und der rot-grüne Münchner Stadtrat jetzt auch noch dazu hergeben, offensiv an Münchner Schulen Schwulen-Lobbyarbeit zu betreiben. Ich betrachte den derzeit mit städtischer Unterstützung laufenden ‚Schülerwettbewerb' als massive sexuelle Belästigung der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Das Ganze ist ein geradezu widerlicher Skandal, mit dem sofort Schluß sein muß." (Zitat von der Homepage der BIA, www. auslaenderstop-muenchen.de)

In einer Stadtratsanfrage vom 2. Mai erbittet Stadtrat Richter detaillierte Auskünfte über Projekte und Einzelmaßnahmen zur aktiven Förderung der „Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen". Die diskriminierende Zielsetzung der Anfrage ist offenkundig und manifestiert sich im o. g. Zitat.

Bayerisch-Griechischer Freundschaftsabend

Am 10. Mai 08 trafen sich im Vereinsheim des TSV Forstenried in der städtischen Bezirkssportanlage Fürstenried ca. 50 Rechtsextremisten zu einer Saalveranstaltung der „Freien Nationalisten München". Der Kreisjugendring München-Stadt führte zur gleichen Zeit – in seiner im selben Gebäude befindlichen Freizeitstätte „Intermezzo" – einen interkulturellen Freundschaftsabend durch. Durch hohe Polizeipräsenz konnten Übergriffe der Rechtsextremen auf die größtenteils jugendlichen Teilnehmer der Veranstaltung verhindert werden. Die Veranstaltung des KJR musste zur Sicherheit aber vorzeitig abgebrochen werden. Die „Freien Nationalisten" führten nach ihrer Versammlung eine „Spontandemo" in Schwabing gegen den verantwortlichen Mitarbeiter des KJR durch.Es ist ein nicht zu akzeptierender Zustand, dass sich Rechtsextremisten in städtischen Räumlichkeiten treffen. ■

Kommt nach Büchel am 30.8.

7. Umrundung des Atomwaffenlagers (16 km, Teilumrundungen möglich); Großdemo und Kehraus-Besenaktionen (Besen mitbringen!), Musik, u.v.m.

Fast 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern immer noch Atomwaffen in Deutschland, die für den Einsatz im Ernstfall vorgesehen sind. Jede einzelne dieser Atomwaffen hat die Zerstörungskraft von mehreren Hiroshima-Bomben. Mit der Kampagne ‚unsere zukunft – atomwaffenfrei' fordern wir – ein Zusammenschluss von über 40 unabhängigen Organisationen in Deutschland – einen wegweisenden Beitrag Deutschlands zu einer atomwaffenfreien Welt.

ab 10.00: Start der 7. Umrundung in Richtung Alflen/Infopoint am Haupttor

ca. 12.30 Auftaktkundgebung u.a. mit Jürgen Rose (Darmstädter Signal) / Gruppenfotos mit Besen / Verpflegung / Musik / Fortsetzung der Umrundung mit den Busanreisenden

15.00 bis 17.00: Hauptkundgebung mit Reden, Musik, Besentheater

Es reden u.a. Horst-Eberhard Richter (IPPNW), Barbara Rütting und Peter Becker (IALANA), Reinhard Voß (ehemaliger Generalsekretär Pax-Christi), Hans Lammerant (Forum voor Vredesactie, Belgien), Xavier Renou (Desobeir, Frankreich). Unmittelbar im Anschluss an die Hauptkundgebung beginnt das Benefiz-Konzert mit Nina Hagen, rbm655, Mary Pranksters, Brotlos und Renegades for Fun.

Umfassende Informationen zu den Aktionen und zur Kampagne unter:

www.atomwaffenfrei.de ■

Denkmal für Rechtsterroristen in Marignane muss abgerissen werden

FRANKREICH. Das Denkmal für die 1962 vom französischen Staat hingerichteten Rechtsterroristen der OAS (Organisation geheime Armee), das 2005 im südfranzösischen Marignane – einer Vorstadt von Marseille – errichtet worden war, muss nun doch abgerissen werden. Dies entschied am 9. Juli ein Gericht, das der Kommune insgesamt vier Monate Zeit gab, um das Urteil in Taten umzusetzen. Unterdessen plädieren 20 antirassistische Vereinigungen und NGOs gemeinsam dafür, dass der Stadt gar nicht so viel Zeit einzuräumen sei, sondern das Denkmal sofort abgerissen werden solle.

Den Bau des höchst umstrittenen Denkmals hatte der aus der extremen Rechten kommende frühere Bürgermeister der Stadt, Daniel Simonpieri, veranlasst. Simonpieri gehörte seit 1974 dem rechtsextremen Front National, der damals noch eine Splitterpartei war, an. Im Juni 1995 wurde er, als örtlicher Spitzenkandidat auf einer Liste des FN, zum Bürgermeister des rund 40.000 Einwohner zählenden Marignane gewählt. Später verließ er den FN: Anlässlich dessen Spaltung in Le Pen- und Mégret-Anhänger zum Jahreswechsel 1998/ 99 kehrte er Le Pen den Rücken und schloss sich ihrem „Spaltprodukt" an, dem damals von Bruno Mégret angeführten FN-Mouvement National (inzwischen MNR). Der spätere MNR wurde in übrigen in einer Stadthalle „seiner" Kommune, Marignane, im Januar 1999 gegründet. Im März 2001 wurde Simonpieri erneut zum Bürgermeister gewählt, im Namen des MNR, aus dem er aber kurze Zeit darauf austrat, frustriert von der chronischen Erfolglosigkeit der Mégret-Partei. Seit dem Jahr 2004 sitzt Simonpieri als parteiloser Abgeordneter in der Fraktion der konservativen Regierungspartei UMP im Bezirksparlament von Marseille. Die UMP stellte ihn sogar als ihren offiziellen Kandidaten zur jüngsten Kommunalwahl, im März 2008, auf. Doch dieses Mal verlor Simonpieri gegen einen „Dissidenten" aus den Reihen des konservativ-liberalen Lagers, Eric Le Disses, und musste aus dem Rathaus ausziehen.

Die rassistische Terrororganisation OAS hatte 1961/62, als der französische Kolonialkrieg in Algerien verloren war, gegen den Rückzug aus dem nordafrikanischen Land gebombt. Einige ihrer Köpfe, die den damaligen Präsidenten Charles de Gaulle zu ermorden trachteten oder gegen ihn zu putschen versuchten, wurden – ungefähr zeitgleich zur algerischen Unabhängigkeit (Juli 1962) – deswegen hingerichtet. Vier von ihnen war das Denkmal von Marignane, für das eine Vereinigung früherer Algerienfranzosen – Kolonialsiedler und OAS-Anhänger – zuvor Lobbyarbeit betrieben hatte, speziell gewidmet. Es trug ihre Namen und Todesdaten sowie den Vermerk, die angeblichen Märtyrer seien „dafür gefallen, dass das Französische Algerien bei Frankreich verbleibt". In Wirklichkeit waren sie nicht „gefallen", sondern für Morde und Terrorakte hingerichtet worden.

An der Einweihung des Denkmals, Anfang Juli 1995, wollten rund 600 Personen, überwiegend aus den Reihen der extremen Rechten und der „vertriebenen" früheren Algerienfranzosen, teilnehmen. Aufgrund einer Verordnung des Präfekten von Marseille, der die Einweihung – jedenfalls als Massenveranstaltung – verboten hatte und den Friedhof sperren ließ, mussten sie jedoch draußen vor den Toren und Absperrgittern ausharren.

Nunmehr ist wohl endgültig damit: Das Schandmal muss nun in absehbarer Zeit zerstört werden.

BhS, Paris ■

‚Antisemitismus-Affäre' spaltet Redaktion der linksliberalen Wochenzeitung ‚Charlie Hebdo'

Ein Skandal erschüttert die französische Kulturwelt, aber die Vorwürfe lassen sich auf den ersten Blick nur schwer erhärten. Der Anlass ist in Wirklichkeit eher harmlos, aber es rächst sich, dass der angegriffene Zeichner in Sachen antisemitischer Ressentiments ein paar „Leichen im Keller" hat. Unterdessen wählt der schwarze Ex-Antirassist Dieudonné, mit dem der kritisierte Karikaturist Siné in der Vergangenheit zu tun hatte, einen spektakulären Taufpaten für seine jüngste Tochter: einen gewissen Jean-Marie Le Pen...

Dicke Luft in der Redaktion, Hunderte von E-Mails mit zum Teil heftigen Reaktionen - und mehrere Tausend Leserkommentare auf einschlägigen Blogs, wo die Beiträge zum Thema in den ersten Tagen über 100.000 mal gelesen wurden: Kaum jemanden schienen die Vorgänge bei der französischen Satirezeitung Charlie Hebdo in den vergangenen 14 Tagen indifferent zu lassen.

Am vergangenen Mittwoch, den 23. Juli erschien die Wochenzeitung erstmals ohne die regelmäßige Rubrik ihres langjährigen Zeichners „Siné". Dem 79jährigen – mit bürgerlichem Namen Maurice Sinet – werden anarchistische Tendenzen und Sympathien, aber auch ein ziemlich sturer Dickkopf und ein mitunter griesgrämiger Charakter nachgesagt. Seit mehreren Jahrzehnten hatte er bei der, ursprünglich einmal antiautoritären und linksradikalen, heute eher liberal-antiklerikalen Wochenzeitung mitgemacht: Er war bei der ersten Variante von Charlie-Hebdo, die zeitweilig auch auf den Namen Harakiri hörte und bei der damals auch der bekannte Comiczeichner Marc Reiser mitwirkte, in den Siebziger Jahren ebenso mit dabei wie bei dem 1992 unter dem alten Namen neugegründeten Blatt. Damit ist nun Schluss.

Auslösendes Element dafür, dass der Herausgeber und Chefredakteur Philippe Val ihm jetzt die Zusammenarbeit aufkündigte, ist eine am 2. Juli erschienene Kolumne Sinés. In seinem üblichen Stil – in einer mit kleinen Comicbildern und viel Krakelschrift ausgefüllten Senkrechtspalte – hatte Siné sich einmal mehr sarkastisch bis hämisch über eine Reihe von Persönlichkeiten, Gruppen und Mentalitäten ausgelassen. Den Stein des Anstoßes bildete dabei folgende Passage: „Jean Sarkozy, würdiger Sohn seines Vaters und schon jetzt (Anm.: mit 21 Jahren) UMP-Bezirksparlamentarier, ist nahezu unter Applausalven aus dem Gerichtssaal herausgekommen, wo er wegen Fahrerflucht angeklagt war. Der Staatsanwalt hat – einmal mehr! – Freispruch für ihn gefordert! Man muss dazu sagen, dass der Kläger Araber war! Das ist nicht alles: er", gemeint ist Jean Sarkozy, „hat soeben erklärt, dass er sich zum Judentum konvertieren möchte, bevor er seine Verlobte ehelicht, die Jüdin und Erbe des Gründers (der Versandkaufhäuser) Darty ist. Er wird es im Leben weit bringen, der Kleine!"

Nachdem diese Zeilen erschienen waren, geschah zunächst einige Tage lang gar nichts. Aber am 8. Juli erklärte Claude Askolovitch, Journalist beim sozialliberalen Wochenmagazin Nouvel Observateur, in einer Radiosendung, es handele sich bei dieser Kolumne um „einen antisemitischen Text in einer Zeitung, die es nicht ist". Daraufhin rief der Herausgeber Philippe Val die Redaktion zusammen. Er forderte Siné dazu auf, eine Entschuldigung zu formulieren.

→

Der Front National ist (vorerst) bankrott! Ausdruck einer Partei in einer tiefen Krise...

Frankreich. So ernst war die (finanzielle und sonstige) Situation des Front National noch nie: Alle Konten der rechtsextremen Partei sind - vorläufig - blockiert, und wenn der FN sich nicht alsbald als zahlungsfähig erweist, dann wird ein gerichtlicher Bankrottverwalter eingesetzt werden. Unterdessen versicherte die Parteizentrale, zumindest „für den Juli" - also den laufenden Monat - würden die Löhne und Gehälter der letzten verbliebenen Hauptamtlichen am Parteisitz noch bezahlt. Alsbald wird die Parteispitze des FN aber, zumindest in ihrem kollektiven Namen und ohne in Privatvermögen zu greifen (doch immerhin ist Jean-Marie Le Pen Multimillionär, aufgrund des umstrittenen Erbes des Zementfabrikanten Hubert Lambert von 1976), keinen Pfifferling mehr ausgeben dürfen.

In der dritten Juliwoche ordnete ein Gericht diese drakonische Maßnahme an. Es hatte sich als notwendig erwiesen, zu drastischen Mitteln zu greifen, nachdem die Partei sich als unfähig oder unwillens erwiesen hatte, ihre Schulden gegenüber ihrem momentanen Hauptgläubiger zu berappen. Letzterer ist niemand anders als Ferdinand de Rachinel, seines Zeichens einer von sieben derzeitigen Abgeordneten der französischen rechtsextremen Partei und Druckunternehmer - bislang hatten die Druckereien Le Rachinels nahezu sämtliches Werbe- und Propagandamaterial für den FN fabriziert.

Im Jahr 2007 hatte Le Rachinel, indem er persönliche Kredite bei den Banken (die der Partei aufgrund einer als „unsicher" betrachteten Rückzahlungsperspektive kein Geld ausleihen mochten) im eigenen Namen aufnahm, seiner Partei acht Millionen Euro vorgestreckt. Aber weil damals überraschend 360 - von insgesamt rund 550 - Parlamentskandidaten des FN nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kamen, ab deren Überspringen ein/e Bewerber/in einen Anspruch auf Rückerstattung der Wahlkampfkosten hat, blieb selbige Rückerstattung für die Mehrheit der FN-Kandidaten aus. Zudem sank die staatliche Parteienfinanzierung zugunsten des FN drastisch, da die (als Bezugsgröße dienenden) Parlamentswahlergebnisse der Partei stark zurückgegangen waren - von 11 Prozent im Juni 2002 auf nur noch 4,3 % im nationalen Durchschnitt im Juni 2007.

Von seinen acht Millionen Euro sah Le Rachinel nur 1,5 Millionen wieder. Und für den Rest beschied man ihm in der Parteizentrale: „Wir schulden Dir überhaupt nichts." Le Rachinel klagte gegen die eigene Partei, mit Erfolg. Der Prozess fand am 23. Juni in Nanterre statt - das Urteil wird am 3. Oktober dieses Jahres gefällt werden. Der Europaparlamentarier fordert u.a., neben der Rückzahlung sämtlicher Schulden, zusätzlich noch 500.000 Euro Schadensersatz von der eigenen Partei. Als einstweilige Vollstreckung hatte das Gericht die Zahlung von etwas über 800.000 Euro an Le Rachinel angeordnet. Dieser hatte eine Rechnung über gut 85.000 Euro (was den Druckkosten für bestimmte Materialien, die er ausgelegt hatte, entsprechen dürfte) an die Parteizentrale geschickt. Aber letztere kam unbezahlt zurück. Daraufhin wandte sich der Druckereiunternehmer wieder an die Richter, um den Erlass einer Einstweiligen Verfügung zu erzielen - aufgrund derer nun die Konten der Partei eingefroren wurden.

Seitens der Le Pens (Vater und Tochter, Jean-Marie und Marine) behauptet man unterdessen unverfroren, Le Rachinel präsentiere „gefälschte Rechnungen" und habe bislang immer „seine Preise übertrieben, um den Staat bei der Rückerstattung der Wahlkampfkosten zu prellen". Ferdinand Le Rachinel reicht das Kompliment zurück: „Wenn man bedenkt, dass die Le Pens den Staat so verwalten könnten, wie sie ihre eigene Partei verwalten, dann läuft es einem kalt den Rücken herunter."

Die einzige Hoffnung der Parteispitze dürfte darin bestehen, dass sie ihren alten Parteisitz im Pariser Nobelvorort Saint-Cloud doch noch alsbald - und für die rund 20 Millionen Euro, die sie dafür fordert - verkauft bekommt. Die rechtsextreme Partei hat bereits ihren Umzug von Saint-Cloud nach Nanterre (in eine wesentlich kleinere Parteizentrale, 1.800 statt zuvor über 5.000 Quadratmeter) eingeleitet. Aber bislang hat sie es nicht geschafft, den Verkauf ihres seit 1994 besetzten Parteisitzes in Saint-Cloud schnell und teuer genug über die Bühne zu bringen.

Einstweilen gilt: Schadenfreude ist die schönste....

BhS, Paris ■

Als Grundlage, auf der er diese Forderung erhob, trug er allerdings zwei doch sehr unterschiedliche Dinge gleichzeitig vor und vermengte sie miteinander. Zum Einen stimmte Val der Auffassung zu, der Text könne zumindest als antisemitisch ausgelegt werden – indem er nämlich den Eindruck erweckt, um es „weit zu bringen" in der französischen Gesellschaft, müsse man etwas mit dem Judentum zu tun haben. Auf der anderen Seite wünschte Val sich aber auch eine Entschuldigung gegenüber Jean Sarkozy und seiner Verlobten, Jessica Darty, die sich beleidigt fühlen könnten.

Siné legte daraufhin einen Text vor, indem er eine Richtigstellung vornehmen wollte, der dann aber nicht in Charlie Hebdo erschien. Einige Tage später haben allerdings die beiden Websiten Marianne2 und Rue89 ihren Inhalt dann doch noch öffentlich gemacht. Siné schrieb darin: „Gut, es stimmt, dass das schlecht interpretiert werden konnte. Ich wollte die Idiotie kritisieren, die darin besteht, zu einer Religion – welcher auch immer – zu konvertieren, sowie die Faszination der Familie Sarkozy für den Zaster. Ich habe meine Aussage zusammengekürzt, und was letztendlich davon übriggeblieben ist, kann als zweideutig und verurteilungswürdiger Kurzschluss analysiert werden. Ich entschuldige mich gegenüber jenen, die es so verstanden haben." Damit meinte er den „Kurzschluss", der Juden mit Geld und einer vermeintlichen geheimen Macht assoziiert. Bei Jean Sarkozy und der Millionärserbin Jessica Darty bat er hingegen nicht um Pardon.

Eine verhinderte Richtigstellung

Das hätte es gewesen sein können. Kurz darauf erfuhr Siné aber, dass die darauf folgende Aussage nicht nur seinen mehr oder weniger klaren Richtigstellungstext enthalten sollte, sondern auch eine von Val formulierte und – angeblich – durch alle Mitarbeiter unterschriebene Erklärung, wonach „wir einstimmig die letzte Fantasie Sinés verurteilen." Der mit „die Redaktion" unterschriebene Beitrag sollte zudem den Satz enthalten: „Die Verletzung unserer gemeinsamen Werte hat keinen Platz in unserer Zeitung." Damit wurde Siné symbolisch der Stuhl vor die Tür gestellt und der behauptete antisemitische Charakter seiner Kolumne ausdrücklich bestätigt.

Siné zog seine Richtigstellung zurück, die daraufhin nicht erschien. Infolgedessen kündigte Philippe Val ihm die Zusammenarbeit auf. In einem von ihm gezeichneten Artikel erklärte Val zudem, das „Gerücht" über den angeblichen Konversionswunsch von Sarkozy Junior sei „weder akzeptabel, noch würde es vor einem Gericht standhalten". Die letztgenannten Worte haben mehrere Beobachter – unter ihnen den früheren Le Monde-Chefredakteur Edwy Plenel — dazu veranlasst, hinter dem Schritt Philippe Vals andere Beweggründe als das Erschrecken über mögliche antisemitische Beweggründe seines bisherigen Mitarbeiters zu vermuten. Sie mutmaßen, die Furcht vor einem Prozess, den der Präsidentensohn anstrengen könnte, habe mindestens ebenso stark den Ausschlag gegeben. Zumal die Familie Sarkozy bereits mehrfach Journalisten und Kritiker durch exzessive Prozessdrohungen eingeschüchtert hat.

Es bleibt die Sache selbst, also die Worte, die Siné in seiner Kolumne niederschrieb. Hegte er dabei antisemitische Ressentiments, etwa dergestalt, dass er einen Zusammenhang zwischen sozialer Situation bestimmter Gruppen in der französischen Gesellschaft und ihrer Herkunft oder Religionszugehörigkeit zog? Eine oberflächliche Betrachtung könnte diesen Schluss zulassen: Der „arabische" Verlierer im Fahrerfluchtprozess gegen Jean Sarkozy steht der „jüdischen" Millionärserbin gegenüber. Nur ist die Frage, ob genau dieser „Zusammenhang" vom Autor so intendiert war.

Aus der Lektüre der umstrittenen Kolumne ergibt sich dies unterdessen nicht: Dass insbesondere die Nachfahren „arabischer" oder afrikanischer Einwanderer durch das französische Polizei- und Justizsystem oft überdeutlich benachteiligt werden, ist ein kaum bestreitbares Faktum. Dass der junge Jean Sarkozy schon heute ein Karrierist und Opportunist ist, dürfte sich ebenfalls schwer widerlegen lassen. Und dass jemand wie er eher einer Multimillionärin denn einer hübschen Supermarktkassiererin etwas abgewinnen kann, dürfte ebenfalls niemanden verwundern.

Last but not least kann man es Siné auch nicht prinzipiell übel nehmen, dass er etwas gegen eine religiöse Konversion im allgemeinen, und gegen einen von ihm als opportunistisch empfundenen Religionsübertritt im besonderen einzuwenden hat. Vor allem muss man die Persönlichkeit Sinés kennen, die sich durch eine strikte, oft barsche Frontstellung gegen Religionsgruppen aller Couleur auszeichnet. Am 11. Juni dieses Jahres, keine vier Wochen vor dem jüngsten Skandal, hatte er am selben Ort in seiner wöchentlichen Kolumne geschrieben: „Ich gestehe ein, dass die Moslems mir immer unerträglicher werden, und je mehr ich Kopftuch tragenden Frauen in meinem Stadtteil begegne, desto mehr habe ich Lust, ihnen heftig den Arsch zu versohlen." Wie so oft trennte Siné in seinem Verständnis von Antiklerikalismus dabei nicht scharf zwischen der Ablehnung einer Religion oder aller Religionen, sowie dem Angriff auf ihre individuellen Mitglieder als Personen.

Leichen im Keller

Aber auch wenn der unmittelbare Anlass für die Eskalation in der Charlie-Redaktion, die Kolumne vom 2. Juli, nicht wirklich den nachweisbaren Vorwurf des Antisemitismus begründen kann: Es bleibt ein fundierter Verdacht, dass Siné genau dieses unausgesprochene Ressentiment, das von Kritikern benannt wird, also die Assimilation von „Juden" mit „Reichtum und Erfolg", in seinem Hinterkopf durchaus kultiviert. Denn unabhängig vom konkreten Anlass des Streiks weist Siné in dieser Hinsicht doch so manche „Leichen im Keller" auf: Im Juni 2004 hatte er an einem gemeinsamen Auftritt mit dem schwarzen französischen Humoristen Dieudonné M'bala M'bala und Alain Soral teilgenommen. Angeblich, um die „palästinensische Sache" zu unterstützen, während die PLO-Generaldelegierte in Frankreich – Leila Shahid – sich freilich klar von ihnen distanzierte.

Der als „Berufsprovokateur" geltende Alain Soral, bis vor 15 Jahren einmal ein Linker, berät seit Anfang 2006 nun den rechtsextremen Politiker Jean-Marie Le Pen. Und der frühere Antirassist Dieudonné hat sich dem Chef des Front National ebenfalls angenähert: Am vorletzten Freitag, den 18. Juli fand die Taufe der jüngsten Tochter Dieudonnés, Plume, in einer katholischen Kirche im Beisein des Taufpaten statt – Jean-Marie Le Pen. Beide Männer haben sich, obwohl vieles sie trennt, einander doch angenähert, weil sie sich beide als „Outlaws" betrachten, die man in den „jüdisch dominierten Medien Frankreichs" nicht zu Wort kommen lasse.

Sicherlich ist bei Dieudonné auch eine bedeutende Menge Provokation im Spiel, die hauptsächlich dazu dient, von sich reden zu machen. Als hinreichende Erklärung für die „Allianz wider Natur" mit Jean-Marie Le Pen genügt dies freilich nicht. Denn ansonsten lässt sich – nur durch einen PR-Gag des Humoristen, wie manche Stimmen mutmaßen – nicht erklären, warum der 80-jährige Rechtsextremist sich seinerseits auf die Geschichte einließ.

Aufgrund der „Leichen im Keller", die der Anarcho-Zeichner mit sich herumschleppt, fiel es also leicht, beim Erscheinen seiner jüngsten Kolumne Verdacht zu schöpfen - auch wenn diese selbst zu weit weniger Kritik Anlass bot als seine früheren Auftritte. Gleichzeitig trifft es durchaus auch zu, wenn Kritiker monieren, dass Philippe Val auch danach suche, durch verschiedene Personalentscheidungen endgültig mit der diffus linksradikalen Vergangenheit seiner Zeitung zu brechen. Denn Val strebt unzweideutig seit Jahren in die staatstragende „linke Mitte".

Dass der Herausgeber also einen diffus antiautoritären Wirrkopf wie Siné aus anderen als zuvörderst progressiven Motiven loswerden mochte, ist durchaus plausibel. An der notwendigen Kritik der Ressentiments, welche der Zeichner mitunter nährt, ändert dies hingegen nichts.

Bernhard Schmid, Paris ■

Endlich Verhandlungslösung der Kurdenfrage beginnen

BERLIN. Zur gestrigen Freilassung der deutschen Bergsteiger am Berg Ararat äußert sich die Abrüstungsexpertin der Fraktion DIE LINKE. Inge Höger: „Ich bin sehr erleichtert über die Freilassung der deutschen Bergsteiger. Die Geiselnahme ist damit sehr glimpflich zu Ende gegangen. Jetzt darf nicht vernachlässigt werden, auf eine friedliche Verhandlungslösung des Konfliktes um die Rechte der kurdischen Bevölkerung in der Türkei zu drängen. Weitere militärische Maßnahmen bedeuten eine Verlängerung des Krieges und Leidens und sind unbedingt abzulehnen."

Die Abgeordnete Ulla Jelpke, die am Sonntag Gast auf dem Parteitag der „Partei für eine demokratische Gesellschaft" DTP in Ankara war, weist auf mögliche Wege hin: „Die im türkischen Parlament vertretene DTP hat sich bereits mehrfach als Dialogpartner für eine politische Lösung der kurdischen Frage angeboten und hat den dafür notwendigen Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung. Der türkische Staat hat darauf bisher mit einem Parteiverbotsverfahren und Verhaftungen von Tausenden DTP-Mitgliedern reagiert. Die türkische Regierung muss endlich aufhören, die kurdische Frage als ein militärisch zu lösendes Sicherheitsproblem zu betrachten. Die Anerkennung der kurdischen Identität ist unverzichtbar für gesellschaftlichen Frieden in der Türkei."

Im Weiteren betonen Ulla Jelpke und Inge Höger, dass das Verbot des kurdischen Fernsehsenders Roj-TV und die ständigen Repressionsmaßnahmen gegen Kurden und Kurdinnen in der BRD, die sich für ihre Freiheitsrechte einsetzen, nicht dazu beitragen, eine politische Lösung zu entwickeln. Das Verbot von Roj-TV muss zurückgenommen werden. Die Aufhebung der Einstufung von kurdischen Organisationen als kriminelle Vereinigung, insbesondere der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, wäre ein weiterer Beitrag der Bundesregierung für den Frieden im Nordosten der Türkei.

PM Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke ■

Einbürgerungstest auf niedersächsisch

HANNOVER. Nach einem Jahr Vorbereitung hat die Bundesregierung im Verein mit den Bundesländern einen Fragenkatalog für Einbürgerungstests vorgelegt. Jeweils zehn dieser Fragen beziehen sich auf ein Bundesland. Frage 6 der für den Einbürgerungstest in Niedersachsen konzipierten zehn Fragen lautet:

„Wo können Sie sich in Niedersachsen über politische Themen informieren?"

Als potenzielle Antwort schlägt der Test vor:

1) bei der Landeszentrale für politische Bildung
2) beim Ordnungsamt der Gemeinde
3) bei der Verbraucherzentrale
4) bei den Kirchen

Hätten Sie's gewusst? Kleiner Tipp: Da die Landeszentrale für politische Bildung auf Beschluss der Landesregierung zum 31.12.2004 aufgelöst wurde, kommt 1) nicht in Frage.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org: 9.7.08 ■

Protest gegen Sendeverbot für Hayat TV

Am 3. Dezember 2007 ging der Fernsehsender Hayat TV unter dem Motto „Alle Farben des Lebens" über Satellit auf Sendung. Unterstützt wurde der Sender von hunderten Schriftstellerinnen und Schriftstellern, Künstlerinnen und Künstlern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie Politikerinnen und Politikern aus der Bundesrepublik und der Türkei. Am 16. Juli 2008 musste Hayat TV die Ausstrahlung unterbrechen, weil der Sender vom Frequenzanbieter Türksat dazu aufgefordert wurde. Das türkische Innenministerium und die staatliche Medienaufsichtsbehörde RTük wiesen Türksat an, die Ausstrahlung der Sendungen von Hayat TV zu unterbinden.

Bislang liegen keinerlei rechtliche Grundlagen oder Gerichtsurteile vor, die die Rücknahme der Nutzungsrechte von Sendefrequenzen im Falle von Hayat TV rechtfertigen. Die Verbotsverfügung mit dem Verweis auf „Sendungen mit separatistischem Inhalt" ist folglich ein willkürlicher Akt.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Verbotsverfügung. Hayat TV ist ein Fernsehsender, der für Völkerfreundschaft und Solidarität eintritt. Ausgestrahlt werden auch Sendungen gegen Nationalismus sowie für Integration und ein friedliches Zusammenleben, die sich speziell an die in Europa lebenden türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten richten. Hayat TV ist die Stimme von Millionen Menschen gegen Krieg, für Frieden, Demokratie und Freiheit. Diese willkürliche Verbotsverfügung ist weder mit Pressefreiheit noch mit internationalen Abkommen vereinbar.

Wir fordern die Geschäftsführung von Türksat und die AKP-Regierung auf, die Presse- und Medienfreiheit zu achten und das Verbot unverzüglich aufzuheben. Wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten zum Protest gegen das Verbot und zur Solidarität mit Hayat TV auf. Für Presse- und Medienfreiheit – Gegen das Verbot des Fernsehsenders Hayat TV

ErstunterzeichnerInnen: Nafiz Özbek, IG Metall-Vorstand, Ressortleiter:Migration; NGG-Verwaltungsstelle Dortmund; Hüseyin Avgan, DIDF-Bundesvorsitzender; Metin Gür, Schriftsteller; Sevim Daðdelen, MdB; Feleknas Uca, MdEP u.a.

Protestbriefe schreiben:

Es gibt auf www.didf.de eine Unterschriftenliste, in die man sich online eintragen kann. Zu den Erstunterzeichnern gehören viele Professoren, Politiker und Gewerkschafter. Außerdem findet man auf der Homepage Vorlagen für Protestfaxe und viele weitere Informationen. Auf www.hayattv.net kann man automatisch Emails an das türkische Innenministerium schicken. ■

Schünemann lehnt Flüchtlingsplan Schäubles ab

HANNOVER. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU), in Fragen zum Asylrecht der Scharfmacher unter den Länderinnenminister, lehnt den Plan von Innenminister Schäuble ab, im Herbst christliche Kontingentflüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen. „Der niedersächsische Innenminister ist skeptisch im Hinblick auf den Flüchtlingsplan – und hat dies auch dem Bundesinnenminister mitgeteilt" erklärte ein Sprecher Schünemanns.

Schäuble will im Herbst die ersten Flüchtlinge im Rahmen eines Konzeptes der EU aufnehmen und sich dabei vor allem religiös verfolgter Minderheiten annehmen, vor allem Christen, die im Irak verfolgt werden. Schünemann betonte, er habe nichts gegen die Aufnahme von Menschen, die direkt aus dem Irak nach Deutschland kämen. Dies ist geradezu zynisch angesichts der Asylpolitik in Niedersachsen. Aber die Aufnahme von Flüchtlingen, die bereits in Nachbarländern Zuflucht gefunden hätten, lehne er ab. „Die sind in Sicherheit", sagte gestern Schünemanns Sprecher und ergänzte: „Mit diesen Kontigentflüchtlingen könnten auch Terroristen eingeschleust werden".

Quelle: „Hannoversche Allgemeine Zeitung" ■

Resettlement irakischer Flüchtlinge in der Europäischen Union

BRÜSSEL. Für die 2873. Sitzung des Rates der Europäischen Union hat die deutsche Delegation ein Diskussionspapier vorgelegt. Darin heißt es:

Die humanitären Konsequenzen der Sicherheitslage im Irak geben Anlass für steigende Besorgnis. Mehr als 4,6 Millionen Irakis wurden bislang entwurzelt. Der UNHCR betrachtet dies als die signifikan-

teste Vertreibung im Nahen Osten seit 1948. Gewalttätigkeiten gegen die irakische Bevölkerung, einschließlich politisch oder religiös motivierter Terrorakte oder sektiererischer Anschläge und Zwangsvertreibungen, dauern an. Die Anzahl der Personen, die innerhalb des Irak vertrieben wurden, ist jetzt auf 2,7 Millionen gestiegen. Mehr als 2,2 Millionen Irakis leben in den Nachbarstaaten, die meisten von ihnen in Syrien und Jordanien. Die Aufnahmekapazitäten in den sichereren Regionen des Iraks und den Nachbarländern, die aus Solidarität und Hilfe Personen aufnehmen, die vor Konflikten und Gewalt fliehen, sind erschöpft. Häufig mangelt es den Flüchtlingen an wichtigsten Nahrungsmitteln.

Bislang hat die Europäische Union ihre Aktivitäten auf humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in der Region konzentriert. Für 2007 und 2008 hat die Europäische Union humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Höhe von 50 Millionen Euro bereit gestellt und – wie in der vergangenen Woche während der GAERC angekündigt – weitere 60 Millionen Euro als allgemeine Hilfe an den Irak und die Nachbarstaaten. Die Mitgliedsstaaten leisten signifikante Beiträge, um die Notlage der Flüchtlinge zu lindern, indem sie eine große Anzahl Asylsuchender und Flüchtlinge aufnehmen, die in ihrem Land Asyl beantragen.

Angesichts andauernder weit verbreiteter Unsicherheit, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Irak und der schlimmen Situation der Flüchtlinge sollte die Europäische Union mehr leisten, als in der Region finanzielle Hilfen zu leisten und den Flüchtlingen, die das Gebiet der Europäischen Union erreichen, Schutz zu gewähren.

In einer Situation, in der Flüchtlinge auf absehbare Zeit keine Möglichkeit haben, in ihr Land oder ihre Herkunftsregion zurückzukehren und in der auch die lokale Integration in Gastländern der Region keine realistische Alternative darstellt, sollte die Europäische Union ein klares politisches Signal an Solidarität und aktiverer humanitärer Hilfe gegenüber Flüchtlingen setzen und Flüchtlinge aus der Region aufnehmen, die in Europa einige Perspektiven haben.

Einzelne Mitgliedsstaaten beteiligen sich bereits am Resettlement irakischer Flüchtlinge. Deutschland sieht einen dringenden Bedarf an kurzfristigen Maßnahmen durch die Europäische Union. In der Präambel zum Vertrag von Lissabon verpflichtet sich die Europäische Union dem kulturellen, religiösen und humanitären Erbe Europas. In diesem Geist sollte die Europäische Union auf freiwilliger Basis gefährdete Personen aufnehmen, die Schutz brauchen, wie die Mitglieder religiöser und ethnischer Minderheiten und andere. Deutschland schlägt daher ein gemeinsames Handeln innerhalb der Europäischen Union vor und ermutigt Mitgliedsstaaten, die sich daran beteiligen wollen, gefährdete Personen, die Schutz brauchen und in Nachbarstaaten flohen oder innerhalb des Iraks vertrieben wurden, aufzunehmen.

Bei der Umsetzung des Resettlements sollten Mitgliedsstaaten mit dem UNHCR, der irakische Flüchtlinge registriert, identifiziert und vorschlägt für das Resettlement, ebenso wie mit anderen relevanten, in der Region vertretenen Organisationen zusammenarbeiten. Das Prinzip der Familieneinheit sollte so weit wie möglich angewandt werden, und aufgenommenen Personen sollte ein Status nationaler Gesetzgebung entsprechend verliehen werden, welche die Rechte von Flüchtlingen nach Direktive 2004/83 berücksichtigt.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Rückkehr nach der Abschiebung

BERLIN. Am 3. Juli 2008 konnte die 51-jährige Frau Khadra O. wieder nach Berlin zurückkehren, nachdem sie vor drei Monaten in die Türkei abgeschoben worden war, ein Land, in dem sie nie gelebt hat.

Der Flüchtlingsrat Berlin hatte gegen das menschenrechtswidrige Vorgehen der Ausländerbehörde protestiert. Khadra O. lebte seit 27 Jahren in Berlin. Sie wurde durch die Abschiebung von ihrem hier lebenden Ehemann, Kindern und Enkeln getrennt. Frau O. wurde als staatenlose Kurdin im Libanon geboren und ist dort aufgewachsen, bis sie im Alter von 24 Jahren vor dem Bürgerkrieg nach Berlin floh. Frau O. spricht kein Türkisch, hat keine Angehörigen in der Türkei und konnte dort nur Dank der Hilfe von Personen existieren, die ihr über türkische Nachbarn in Berlin vermittelt wurden.

Frau O. wurde wegen angeblicher „Identitätstäuschung" abgeschoben, obwohl das Landgericht Berlin sie auf die von der Ausländerbehörde erstattete Strafanzeige vom Vorwurf der Identitätstäuschung („mittelbare Falschbeurkundung") freigesprochen hatte.

Die Vertreterin der Berliner Ausländerbehörde hatte – sehr zur Empörung der Richter des Landgerichts – in dem Verfahren erklärt, für die Entscheidungen der Ausländerbehörde komme es auf die Rechtmäßigkeit der von dort beschafften türkischen Identitätsnachweise nicht an. Aus „übergeordneten politischen Gesichtspunkten" dürfe man in der Türkei selbst dann nicht nachfragen, wenn sich Zweifel an der Richtigkeit der türkischen Angaben geradezu aufdrängten. Die Türkei sehe sich durch Nachfragen in ihrer Souveränität verletzt, das gute Einvernehmen mit der BRD könnte dadurch gestört werden.

Die Abschiebung von Khadra O verstößt aufgrund ihres langjährigen Aufenthalts und ihrer familiären Bindungen in Berlin aus Sicht des Flüchtlingsrates gegen grundlegendste Menschenrechte. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der Innensenator nunmehr die Wiedereinreise von Frau O. ermöglicht hat. Der Flüchtlingsrat fordert Herrn Körting auf, die genauen Umstände der Abschiebung zu untersuchen und die notwendigen dienstrechtlichen Konsequenzen gegen die für die Abschiebung verantwortlichen Mitglieder der „GE Ident" zu ergreifen. Die von Polizei und Ausländerbehörde getragene Arbeitsgruppe „GE Ident" versucht in großem Stil das Aufenthaltsrecht in Berlin lebender kurdischer Flüchtlinge aus dem Libanon zu beenden. Sie stützt diese Maßnahmen regelmäßig auf mehr als zweifelhafte Angaben türkischer Behörden und aus bekanntermaßen unrichtigen türkischen Geburtenregistern. Ausländerbehörde und Polizei scheinen dabei die mangelnde Rechtsstaatlichkeit türkischer Behörden zur Grundlage ihres eigenen Handelns zu machen, solange es dem Ziel dient, hier lebende Ausländer zu illegalisieren, auszuweisen und abzuschieben.

Der Berliner Flüchtlingsrat fordert Innensenator Körting auf, endlich die mehr als zweifelhafte Tätigkeit der „GE Ident" zu beenden. Unter die gnadenlose Verfolgung angeblicher ausländerrechtlicher Verfehlungen über Jahrzehnte hier lebender Flüchtlingsfamilien muss endlich ein Schlussstrich gezogen und den Betroffenen ein dauerhaft sicheres Aufenthaltsrecht gewährt werden.

Pressemitteilung Flüchtlingsrat Berlin Hintergrundinfos http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_news. php?sid=401 ■

Unterschriften-Übergabe: Niedersachsens Innenminister Schünemann bleibt hart

WINSEN. Rund 40 Aktive von Campact und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen waren am 5. Juli beim „Tag der Niedersachsen" in Winsen, um eine Rückkehr von Gazale Salame zu ihrer Familie nach Niedersachsen zu fordern. Mit dem Tag der Niedersachsen will die niedersächsische Landesregierung das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürgern zu ihrer Heimat stärken. Passend zu diesem Anlass waren die Schriftzüge auf unseren Aktions-Transparenten und T-Shirts: „Gazale Salames Zuhause ist Niedersachsen" – ein Zuhause, das ihr die niedersächsische Landesregierung verwehrt.

Fast eine Stunde Zeit nahm sich der Minister für die Diskussion mit uns – was wohl auch den laufenden Fernsehkameras geschuldet war. Verschiedene Vertreter/innen der Initiativen schilderten sachlich die menschlich untragbare Situation der Familie. Der Ehemann Gazale Salames, Ahmet Siala, konfrontierte Schünemann mit eindringlichen Worten mit dem Leiden und der Hoffnungslosigkeit seiner Familie. Doch Schünemann blieb unbeweglich.

Die Postkartenaktion

Appell an Ministerpräsident Wulff:

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung."So steht es in unserem Grundgesetz – Artikel 6. Dieses Gesetz wurde von deutschen Behörden gebrochen.
Eine Mahalmi-Familie wurde auseinander gerissen: Der Vater Achmed Siala und zwei Kinder leben in Deutschland, die im Alter von sechs Jahren nach Deutschland geflohene Mutter Gazale Salame wurde nach 17-jährigem Aufenthalt in Deutschland gewaltsam mit einem Kleinkind und schwanger in die Türkei abgeschoben, wohin es keinerlei familiäre Beziehungen gibt. Nun sagt das Innenmisterium: „Der Mann soll doch in die Türkei gehen." Was denken sich die Verantwortlichen dabei?
Achmed Siala lebt seit 23 Jahren in Deutschland. Er ist noch nie in der Türkei gewesen. Als er noch Kind war, flüchteten seine Eltern mit ihm aus dem Bürgerkrieg im Libanon nach Niedersachsen. In Niedersachsen ist er integriert. Achmed Siala spricht kein Türkisch – aber fließend Deutsch.
Wie soll er in der Türkei den Lebensunterhalt für seine Familie verdienen? Hier in Deutschland übt er einen Beruf aus und hat ein ausreichendes Einkommen für seine Familie.
Und die Kinder? Sie wurden in Niedersachsen geboren, gehen hier zur Schule und sprechen nur Deutsch – kein Türkisch.
Hier geht es um Humanität! Hier geht es um unser Grundgesetz!
Herr Ministerpräsident, Sie sind gefordert, das leidvolle Schicksal der Familie endlich zu beenden!
Die Familie ist in Niedersachsen zu Hause!
Wir fordern Sie dazu auf, der ganzen Familie ein Bleiberecht zu gewähren.

Übergabe der Unterschriften an Innenminister Schünemann

Die Entgegnungen des Ministers zeugten von einer zutiefst unmenschlichen Grundhaltung: Immer wieder wies er die Verantwortung für die schlimme Situation der Familie von sich und betonte, dass er weder eine Möglichkeit noch den Bedarf sehe, Gazale Salame zurückzuholen.

Unser Hinweis, dass Ahmet Siala gar nicht in die Türkei gehen kann, weil die Türkei ihn nicht als türkischen Staatsbürger anerkennt, beeindruckte den Innenminister ebenso wenig wie die Tatsache, dass es für die Familie in der Türkei keine Existenzgrundlagen gibt. In Deutschland geht Ahmet Siala einem Beruf nach und wäre in der Lage, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie aus eigener Erwerbstätigkeit zu decken. Unabhängig von dieser Frage ist es aber auch nicht nachvollziehbar, warum Ahmet Siala, der im Alter von sechs Jahren mit seiner Familie als Bürgerkriegsflüchtling aus Beirut nach Deutschland floh, in ein Land gehen soll, dessen Sprache er nicht spricht und das er nie betreten hat. Ahmet Siala lebt seit 24 Jahren in Deutschland, er ist Niedersachse und gehört mit seiner Familie zu uns.

Innenminister Schünemann könnte die unhaltbare Situation der Familie mit einem Federstrich beenden: Wenn die Behörden Ahmet Siala die im Jahr 2001 entzogene Aufenthaltserlaubnis wiedergeben, kann seine Frau Gazale Salame mit den beiden bei ihr in der Türkei lebenden Kindern im Rahmen des Familiennachzugs zu ihrer Familie nach Deutschland zurückkehren. Im Verfahren von Ahmet Siala liegt bis heute keine rechtskräftige Entscheidung vor, die Landesregierung wäre insofern auch nicht juristisch gebunden. Was allein fehlt, ist der politische Wille, eine humanitäre politische Entscheidung für die Familie zu treffen.

In den nächsten Monaten oder Jahren wird der Fall vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt. So lange kann die Familie nicht warten. Bitte unterstützen Sie die Familie durch Schreiben an den Ministerpräsidenten Christian Wulff. Sie können dies durch selbst formulierte Schreiben tun oder unsere **Postkarte** nutzen. Die Unterstützungsarbeit kostet viel. Wir bitten daher weiterhin um Spenden für die Familie auf das folgende Konto:

Flüchtlingsrat Niedersachsen
Postbank Hannover, Konto 8402-306,
Stichwort "Gazale", BLZ 250 100 30 ■

ver.di Protest gegen Schließung von Radio Multikulti

BERLIN. Seit 14 Jahren sendet Radio Multikulti sein internationales Programm. Der Sender befasst sich mit den angenehmen und unangenehmen Seiten von Migration und Integration. Er repräsentiert zugleich die vielfältigen Realitäten der Menschen, die in Deutschland leben. So wird das Programm neben Deutsch mit und ohne Akzent auch in vielen weiteren Sprachen ausgestrahlt. Es baut so auch sprachliche Brücken zwischen zugewanderten MigrantInnen und Herkunftsdeutschen.

Nun hat der rbb beschlossen, den Sender aus Kostengründen einzusparen. Dagegen regt sich vielfältiger Protest. Auch der ver.di Senderverband und die Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union halten die Abschaltung von Radio Multikulti für falsch: „Die Schließung von Radio Multikulti ist weder medien- und integrationspolitisch noch betriebswirtschaftlich ernsthaft begründbar", so die gemeinsame Erklärung der Vorstände des ver.di Senderverbandes des rbb und der deutschen Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) Berlin-Brandenburg.

Es ist Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ein breites Programmangebot für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten. Ein Viertel der Berliner Bevölkerung sind Gebührenzahler, die zu dem Teil gehören, für den Radio Multikulti ein Integrationsfaktor mit seinem Programmangebot darstellt. „Hierbei aus reiner Sicht der Einschaltquote zu argumentieren, verkennt die Notwendigkeit von fremdsprachigem Programmangebot für die zugewanderte Bevölkerungsgruppe. Diese stellen einen nicht unwesentlichen Wirtschaftsfaktor für die Region dar und weisen Berlin auch als internationalen Medienstandort aus", so Andreas Köhn, stellvertretender Landesbezirksleiter und medienpolitischer Sprecher von ver.di Berlin-Brandenburg im Auftrag der Vorstände.

Andreas Köhn
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juli/August 2008" ■

Asylbewerber fordern Lagerschließung

ILMENAU. Mit einer Kundgebung haben in Ilmenau am 24.7. etwa 20 Asylbewerber die Schließung ihrer Unterkunft in Gehlberg im Thüringer Wald gefordert. Mit einem Plakat „Isolation macht krank" verwiesen sie auf die mangelnde soziale und medizinische Betreuung und wiesen die Beschönigungsversuche der Behörden zurück, die behaupten, die Unterbingung in Gehlberg sei ideal für Flüchtlingsfamilien und ihr Protest sei unverständlich und nicht nachvollziehbar.

Die „symbolische Aktion" gelte zugleich allen Isolationslagern in Deutschland, betonten Vertreter der Flüchtlingsorganisation „The Voice". Die Organisation hatte in der Vergangenheit wiederholt die abgelegene Unterbringung von Asylbewerbern etwa im ostthüringischen Katzhütte kritisiert. In der Gehlberger Unterkunft leben gegenwärtig mehr als 40 Asylbewerber vor allem aus arabischen Staaten und Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Das Landratsamt in Arnstadt hat die Kritik an den Wohnbedingungen mehrfach zurückgewiesen.

Wie schon die Flüchtlinge im Lager Katzhütte fordern auch die Gehlberger dezentrale Unterbringung.

MEHR INFOS:
http://thevoiceforum.org ■

Traurige Bilanz zum Welttag der Flüchtlinge

ROM. Der Welttag der Flüchtlinge am 20. Juni ist ein trauriger Jahrestag. Denn im vergangenen Monat sind an den europäischen Grenzen mindestens 185 Mi-granten und Asylanten gestorben, 173 von ihnen allein im Kanal von Sizilien. Vier Männer sind auf den Kanarischen Inseln gestorben, nachdem sie nach ihrer Ankunft in schlechter Verfassung in ein Krankenhaus eingeliefert worden waren. Innerhalb weniger Tage sind in Italien zwei Iraker tot in Containern aufgefunden worden, die im Hafen von Venedig von Fähren aus Griechenland ausgeladen wurden. In der Türkei sind zwei Migranten bei einem Unfall gestorben, als sie auf einem LKW versteckt in der östlichen Provinz Doguhayazit unterwegs waren. Ein Somalier ist bei einem heftigen Aufstand im Haftlager Kirklareli, in der Nähe der bulgarischen Grenze, durch ein Projektil gestorben. Auch drei Flüchtlinge an der ägyptischen Grenze zu Israel sind durch Projektile getötet worden. Eines der Opfer ist ein siebenjähriges sudanesisches Mädchen, das am 28. Juni umgebracht wurde.

Der Weg über den Sinai erweist sich als neue Route für eritreische und sudanesische Flüchtlinge, die den jüdischen Staat den lybischen Gefängnissen und dem Tod auf dem Meer vorziehen. Laut UNHCR sind im Jahr 2007 mindestens 5.000 Flüchtlinge dort angekommen. Inzwischen hat Ägypten die Kontrollen verschärft und die Grenzpolizei ermächtigt, auf Migranten zu schießen. Seit Anfang des Jahres sind mindestens 16 Personen getötet worden. Auf Druck von Israel hat Ägypten ausgedehnte Verhaftungen und Deportationen gestartet, und dabei insbesondere die Eritreer getroffen. Laut Amnesty International sind von insgesamt 1.600 Eritreern, die in den ägyptischen Haftlagern festgehalten werden, seit dem 11. Juni 2008 schon 810 deportiert worden. Es handelt sich um die größte Deportation aus Ägypten, die in den letzten Jahren durchgeführt wurde, und sie könnte den Beginn einer neuen Ära der Repression in Kairo einläuten. Wer es geschafft hat, versucht inzwischen, in Israel ein neues Leben zu beginnen.

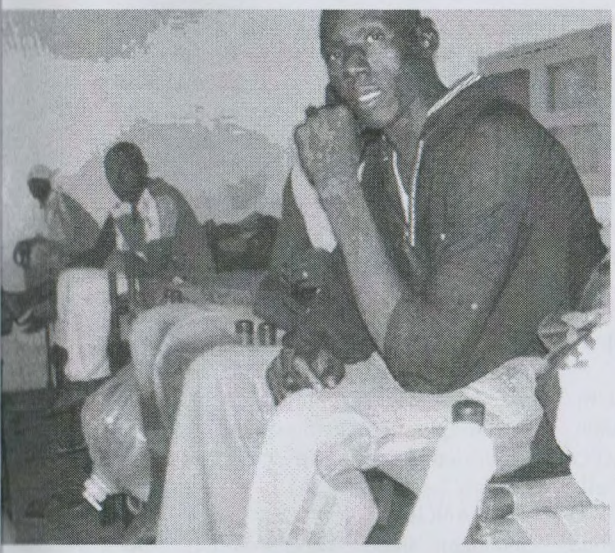
Har Zion Street Nummer drei ist eine der Adressen der eritreischen Diaspora in Tel Aviv. Ein dreistöckiges Gebäude mit etwa hundert Flüchtlingen vom Horn von Afrika. Überall liegen Matratzen. Auf den Treppenabsätzen, auf den Fluren. Beyené öffnet die Tür eines vier mal vier Meter großen Zimmers, zu dreizehnt schlafen sie darin. Um elf Uhr morgens läuft der Fernseher und einige liegen noch im Bett. Beyené ist Eritreer. Er ist seit 25 Tagen in Tel Aviv. Er war zusammen mit seiner Frau aus dem Sudan aufgebrochen. Aber sie wird noch in Ketziot festgehalten, dem israelischen Lager in der Wüste des Sinai. Beyené ist nur einer von etwa 10.000 Asylbewerbern, die in den letzten Jahren nach Israel eingereist sind. Alles hat im Jahr 2006 begonnen, als etwa 1.200 Flüchtlinge über den Sinai eingereist sind, sechs Mal so viel wie die 200 des Vorjahrs. Und dann 5.500 Flüchtlinge im Jahr 2007 und schon 2.000 im ersten Quartal 2008. Es sind vor allem Sudanesen und Eritreer. Und das ist kein Zufall. Am 30. Dezember 2005 griffen 4.000 ägyptische Polizisten in Kampfausrüstung die circa 3.500 sudanesischen Flüchtlinge an, die seit drei Monaten den Park „Mustafa Mahmoud" im Wohnviertel Mohandessin in Kairo belagerten, wenige hundert Meter vom Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen UNHCR entfernt, und ihre Umsiedlung in einen Drittstaat verlangten. Nach den Kämpfen wurden 26 Tote gezählt, davon 7 Frauen und 2 Kinder. Das Repressionsklima in Ägypten, die Unmöglichkeit, in die Heimat zurückzukehren, nach Dafur oder in den Sudan, und die Gefahren der Fahrt über das Meer nach Italien haben eine Lücke in dem Stacheldrahtzaun geöffnet, der Ägypten und Israel trennt. Und dem Flüchtlingsstrom der Sudanesen folgt der Strom der eritreischen Flüchtlinge, von denen viele aus dem Sudan fliehen, wo die Regierung am 2. Juni die Schließung der Büros der eritreischen Opposition angeordnet hat.

Beyené lebte seit zwei Jahren in Khartoum. Er und seine Frau haben je 800 Dollar für die Reise nach Assuan in Ägypten bezahlt. Eine verhältnismäßig leichte Reise, sagt er, nicht so hart wie die Durchquerung der Wüste nach Kufrah, in Libyen. Von Assuan nach Kairo sind sie im Zug gereist. Am Bahnhof erwartete sie ein Verbindungsmann. Weitere 700 Dollar pro Person, und innerhalb weniger Tage fuhren sie in Richtung Grenze weiter. Eine Strecke im LKW, und dann zu Fuß, nachts, mitten in der Wüste, bis die ägyptischen Führer den ein Meter hohen Stacheldrahtzaun durchschnitten und ihnen sagten, sie sollen auf der anderen Seite auf die Militärstreife warten. Nachdem sie abgefangen worden waren, wurden sie in das Lager in Ketziot gebracht. Das Zeltlager für etwa 1.200 Personen ist im Juli 2007 eröffnet worden, im Hof eines Gefängnisses vor Gaza, das für die Verwaltungshaft von politischen palästinensischen Häftlingen genutzt wird. Beyenés Frau ist immer noch dort. Er wurde mit einem befristeten Dokument unter „conditional release" entlassen. Damit kann er arbeiten, aber nur in der ihm zugewiesenen Stadt. Mitte Juli läuft die vorläufige Genehmigung ab. Sie müsste verlängert werden, aber sicher ist das nicht. Der Asylantrag liegt derzeit beim UNHCR, doch dort gibt es nicht genug Personal, um die Interviews zu bewältigen. Stattdessen kümmert man sich hauptsächlich um die Entlassungsanträge der in Ketziot festgehaltenen Migranten und um Massenregularisierungen, wie die für ein Jahr befristete Genehmigung, die kürzlich 600 Sudanesen aus Dafur erteilt worden ist, oder die 6-monatige Arbeitserlaubnis für etwa 2.000 Eritreer. Lediglich 86 Flüchtlinge sind vom UNHCR und von der israelischen Regierung anerkannt worden.

Am 19. Mai 2008 hat das israelische Parlament unterdessen in erster Lesung eine Änderung des Gesetzes gegen Infiltration verabschiedet: umgehende Rückführung an die Grenze und 5 Jahre Gefängnis für illegale Einwanderung, 7 Jahre für Staatsangehörige der feindlichen Staaten: Iran, Afghanistan, Libanon, Libyen, Sudan, Irak, Pakistan, Jemen und Palästina. Der Gesetzesentwurf geht jetzt zurück an die Kommission und über ihn wird noch zweimal abgestimmt. Ein Entwurf für ein Asylgesetz liegt dem Parlament jedoch nicht vor. Dafür gibt es viele Gründe. Das politische Problem der palästinensischen Flüchtlinge und der Flüchtlinge aus den oben genannten feindlichen Staaten im allgemeinen, die mögliche Ankunft der zwei Millionen irakischen Flüchtlinge, die in Syrien und Jordanien leben, und die ideologische Frage des jüdischen Staats. In Tel Aviv sagen alle: „We are not supposed to be an immigration State, but a Jew State". Wir sind kein Einwanderungsland, sondern ein jüdisches Land. Willkommen sind nur die etwa 180.000 im Land beschäftigten ausländischen Arbeiter – Nepalesen, Chinesen, Thailänder, Inder oder Philippiner. Jedoch nur, weil sie eine befristete Aufenthaltsgenehmigung haben, ohne Möglichkeit auf Familienzusammenführung.

Die Situation der Eritreer ist auch in Libyen weiterhin schlecht. Laut der Agentur Habeshia werden in Mishratah seit über zwei Jahren noch 700 Männer, 60 Frauen und 30 Kinder, alle Eritreer, festgehalten. Weitere 133 Eritreer sollen in Ijdabiya festgehalten werden, nachdem sie auf See verhaftet wurden, zur gleichen Zeit als der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi nach Tripolis flog, zu einem Eiltreffen mit Ghaddafi am vergangenen 27. Juni. Thema der Verhandlung war die Verpflichtung, einen Teil des Radarsystems zur Überwachung der südlichen Grenzen Libyens zu finanzieren, als Gegenleistung für den Start der gemeinsamen Patrouillen in libyschen Gewässern, gemäß der Vereinbarung vom 29. Dezember 2007. Die Schiffe stehen bereit, sagt der italienische Innenminister Maroni.

Aber nach welchen Regeln soll der Einsatz erfolgen? Und nach welchen Regeln



erfolgen heute die Patrouillen und Einsätze von Frontex im Kanal von Sizilien, Nautilus III? Frontex bewahrt absolutes Stillschweigen. Während einer Fragestunde im Parlament hat der maltesische Ministerpräsident Lawrence Gonzi erklärt, dass die Regeln der Einsätze, die mit Schiffen aus Italien, Malta, Frankreich, Deutschland, Spanien und Griechenland durchgeführt werden, „Top secret" sind. Dem deutschen Journalisten Roman Herzog ist es jedoch gelungen, das Schweigen zu brechen. In seinem jüngsten Radiofeature, „Krieg im Mittelmeer", gibt die italienische Finanzpolizei Guardia di Finanza zu, dass einige Frontex-Einheiten den Migranten auf See Treibstoff und Nahrungsmittel wegnehmen, um sie zur Rückkehr an ihren Ausgangsort zu zwingen. Der Frontex-Direktor Ilkka Laitinen hat dieses Vorgehen nicht dementiert, als er in diesem Zusammenhang für das Radiofeature interviewt wurde.

Libyen hat im Jahr 2007 30.940 Immigranten auf eigene Kosten abgeschoben und verlangt Unterstützung in Höhe von einer Milliarde Euro. Im Jahr 2006 hatte Libyen 64.430 Immigranten abgeschoben und Kosten in Höhe von vier Millionen Euro getragen. Die Zahl der Migranten, die an den italienischen Küsten eintreffen, haben sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 mehr als verdreifacht: 7.077 gegenüber 2.087 im selben Zeitraum im Jahr 2007. Es sind immer mehr Frauen (11 % gegenüber 8 % im Vorjahr) und immer mehr Flüchtlinge vom Horn von Afrika (30 %), laut Ärzte ohne Grenzen insbesondere aus dem Sudan und aus Somalia. Und immer mehr Boote stechen von Ägypten anstatt von Libyen in See, um der Zurückweisung zu entgehen. Die Tragödien nehmen im gleichen Maße zu.

Während der ersten sechs Monate gab es mindestens 311 dokumentierte Todesfälle im Kanal von Sizilien, 173 davon allein im Juni. Im gesamten Jahr 2007 gab es 556 dokumentierte Opfer. Die letzte Tragödie ereignete sich am 7. Juni und kostete 140 Menschen das Leben. Wali Adbel Motagali ist der einzige Überlebende. In einem Interview mit der ägyptischen Zeitung al-Ahram erzählt er: „Auf dem Markt al-Jumua in Tripolis habe ich einen Mann kennen gelernt, der mir für 1.000 Dollar die Fahrt nach Italien angeboten hat. Am 5. Juni sind wir westlich von Tripolis gebracht worden, wo wir zwei Nächte geblieben sind. Dann sollten wir in ein Boot steigen, das nicht mehr als 40 Personen transportieren konnte, und nach nur einer Stunde ging der Motor kaputt. Wir haben vergeblich versucht, ihn zu reparieren. Kurz darauf begann Wasser ins Boot einzudringen. Einige Personen gerieten in Panik, weil sie nicht schwimmen konnten, durch die Aufregung kippte das Boot um und viele ertranken."

Von anderen Tragödien gibt es weder Zeugen noch Überlebende. Nur die Leichen, die auf hoher See aus dem Wasser gefischt werden oder an den Küsten in Malta oder Sizilien stranden. (...)

Vollständig unter:
http://fortresseurope.blogspot.com/
Übersetzung aus dem Italienischen:
Renate Albrecht ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Kirchenbücher und Judenverfolgung

Am 12. Dezember 1936 wurde feierlich die „Kirchenbuchstelle Alt-Berlin" eröffnet. Tags darauf widmete der „Völkische Beobachter" dieser neuen Dienststelle der evangelischen Kirche einen längeren und anerkennenden Artikel. Dies hatte seinen guten Grund. Denn die vom Pfarrer Dr. Karl Themel geleitete Kirchenbehörde legte mit Hilfe der Kirchenbücher eine Kartei aller seit 1800 erfassten „Judenstämmlinge" unter den Berliner Protestanten an und stellte die gewonnenen Erkenntnisse den Verfolgungsbürokratien des Naziregimes willig zur Verfügung.

Dies geschah jedoch nicht nur in Berlin, sondern z.B. auch in Hannover, Schleswig-Holstein, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Offenbar hatte die Kirche als Institution keine Probleme mit ihrer wichtigen Zuarbeit für die Realisierung der antisemitischen Politik der Nazis.

Manfred Gailus, Historiker aus Berlin, hat mit dem vom ihm herausgegebenen Sammelband „Kirchliche Amtshilfe" Licht in das Dunkel dieser jahrzehntelang verschwiegenen, judenfeindlichen Handlungen der evangelischen Kirche geworfen. Begrüßenswert ist es auch, wie herausgearbeitet wird, dass nach 1945 die Protagonisten dieser höchst menschenverachtenden, unchristlichen Verhaltensweisen so gut wie keine Sanktionen zu befürchten hatten. Der eingangs genannte Themel, bereits seit 1932 Mitglied der NSDAP und der SA, wurde 1949 rehabilitiert, weil er sein Amt in der Kirchenbuchstelle angeblich „sachlich und objektiv" ausgeübt habe!

Es bleibt zu hoffen, dass die hier veröffentlichten Studien, zu denen auch eine höchst interessante biographische Skizze über den Leiter der „Reichsstelle für Sippenforschung", Dr. Kurt Mayer, gehört, eine baldige Fortsetzung finden. Vor allem: Die evangelische Kirche bleibt aufgefordert, sich diesem skandalösen Erbe zu stellen – vor allem durch die Unterstützung weiterer Forschungen zu dieser Thematik.

Simona Reiner ■

Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich", hrsg. v. Manfred Gailis, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2008, 223 S., 19,90 Euro, ISBN 978-3-525-55340-4

Hitler hatte noch Charisma

Nation & Europa Juli/August 2008

Für die Presse ist die Sommer(ferien)zeit Sauregurkenzeit, ein Zeitraum, in dem es oft an Neuigkeiten mangelt. Für „Nation & Europa" spielen Neuigkeiten allerdings das ganze Jahr über nur eine untergeordnete Rolle – dennoch erscheint das Magazin in den Monaten Juli und August als Doppelnummer. Aber nicht nur in der Erscheinungsweise macht sich der Sommer bemerkbar, auch der Inhalt scheint von der Sonne ausgetrocknet worden zu sein. Nur so ist zu erklären, wieso dem auf der Titelseite angekündigten Thema „‚Demokratie'-Exempel an Irland: Abstimmen bis zum Umfallen?" außer dem Editorial von Herausgeber HARALD NEUBAUER nicht ein einziger Beitrag gewidmet wurde.

Auch sonst ist der Inhalt eher dürftig – beschränken wir uns also diesmal auf Kleinigkeiten, die exemplarisch zeigen, wes Geistes Kind die Macher von N&E sind.

Redakteur WERNER BAUMANN versucht sich als Psychiater:

„Wird es Zeit, die medizinischen Lexika unter dem Buchstaben ‚A' zu ergänzen – mit dem Stichwort ‚Antifaschismus', irgendwo zwischen Analfistel und Aphasie? Die Frage ist nicht so abwegig, wie sie noch vor 20 oder 30 Jahren geklungen hätte. Denn der Eindruck einer neuartigen Form von Geistesdeformation verstärkt sich rasant. Was bislang noch oft als Realsatire abgetan werden konnte, wächst sich geradezu seuchenartig ins Pathologische aus. Wenigstens Teile des neudeutschen ‚Antifaschismus' müssen wohl den sogenannten Induktionskrankheiten zugeordnet werden. Dabei handelt es sich um psychische Abnormitäten aufgrund geistiger Ansteckung. Die Folge sind Ticks, Trugbilder und manchmal sogar hysterische Epidemien. Zu den typischen Erscheinungen zählen religiöse Fanatiker, die sich kollektiv in einen Wahnzustand hineinhalluzinieren..., oder auch ganze Schulklassen, die plötzlich über die gleichen Schmerzen klagen, ohne daß körperliche Ursachen festzustellen sind. Fachleute sprechen von Simultan-Wahnsinn oder induziertem Irresein".

Angesichts des mörderischen Umgangs der Nazis mit psychisch Kranken, lässt die Charakterisierung politischer Gegner als pathologische Fälle alle Alarmglocken läuten.

Die N&E-Reaktion würde natürlich alle Versuche, sie als Nazis zu charakterisieren, schärfstens zurückweisen, und behaupten, sie zähle zum patriotischen Teil der deutschen Bevölkerung. Auch HILMAR GERBER, der über den „Abbau des Aufbau-Verlages" berichtet, will mit Sicherheit nicht als Nazi bezeichnet werden. Das einschlägige Vokabular allerdings beherrscht er perfekt: „Offenbar handelt es sich um einen Prototypen jener mittlerweile überall anzutreffenden Investmentfonds, die selber nichts schaffen, aber möglichst viel raffen".

Auch KARL RICHTER, wie Baumann Redakteur von N&E, hat seine Vorbilder – zumindest was das Auftreten betrifft. Unter der Überschrift „Trotz politischer Gleichschaltung: Erfolg ist machbar" beschäftigt er sich unter anderem mit den Eigenschaften von Politiker(innen): „Unentbehrliche Ingredienzien des Erfolgs sind dagegen: Charisma und Integrationsfähigkeit... Und ‚Charisma' ist nur ein anderes Wort für Ausstrahlung – etwas, das auch PR-Agenturen und Persönlichkeitstrainer niemandem ankleben können, der es nicht hat. Es sind die vielen kleinen Indizien, die an einer Persönlichkeit die Aura des ‚Echten' verströmen, Blick, Sprache, Gestus. Hier lassen sich interessante Beobachtungen anstellen, Vergleiche über die Zeiten hinweg, weil es um Immergültiges geht. In Leni Riefenstahls Parteitagsfilm ‚Triumph des Willens' gibt es eine Szene, in der Adolf Hitler eine Front von SA-Männern abschreitet und neue Standarten weiht. Er schüttelt dabei jedem der Fahnenträger die Hand und blickt ihm in die Augen. Ein Detail, aber ein sehr sprechendes, denn unter bundesdeutschen Politikern hat sich die Unsitte – vielleicht auch die menschliche Unzulänglichkeit eingeschlichen, dem Gegenüber beim Händeschütteln nicht in die Augen zu sehen, sondern sich vielmehr schon dem nächsten in der Reihe zuzuwenden".

Dr. ANGELIKA WILLIG macht sich Gedanken über „Das weibliche Geschlecht und die nationale Politik" und kommt zu interessanten Schlussfolgerungen:

„Tatsache ist, daß Frauen weniger Interesse an Politik haben als Männer.... Kürzlich hatten wir in N&E das ‚weibliche Gehirn' untersucht und wissen deshalb, woher dieser Unterschied kommt: Für Männer ist die Politik in erster Linie ein Spiel wie Fußball oder Schach auf fest abgestecktem Feld. Und genau aus dem Grund fühlen sich Frauen davon oft gelangweilt. Es berührt nicht ihren persönlichen Bereich und ihr Gefühlsleben. Zwar ist auch Frauen klar, daß das Privatleben von politischen Entscheidungen mit abhängt. Doch sie möchten lieber ‚das Beste draus machen' als an entfernten Steuerhebeln herumzudrehen. Das Frauen im nationalen Lager ‚Mangelware' sind, ist daher Unsinn. Sie sind Ausnahmen. Und das kann bei den ‚unterschiedlichen angeborenen Fähigkeiten mit ihrem biologischen Sinn' (Gitta Schüßler) auch gar nicht anders sein." Die zitierte Expertin Gitta Schüßler ist übrigens die Vorsitzende des „Rings nationaler Frauen" und sächsische NPD-Landtagsabgeordnete.

Doch damit ist der Einblick ins weibliche Wesen, wie N&E es sich vorstellt, noch nicht beendet:

„Und warum laufen dann bei anderen Parteien so viele weibliche Delegierte und Kandidaten herum? Diese etablierten Parteien betreiben seit Jahrzehnten eine Politik, die mit Schachspiel oder Mannschaftssport wenig, aber sehr viel mit Kaffeekränzchen oder Wohltätigkeitsveranstaltung zu tun hat. Dort fühlen sich Frauen ganz in ihrem Element. Mag ein Mann dumpf darunter leiden, wenn seinem Handeln jede Konsequenz fehlt und das Regieren nur noch aus Rücksichten besteht, so sind Frauen zufrieden, solange sie sich ausführlich äußern dürfen".

Nach diesen Worten hat auch der Rezensent erst mal Urlaub nötig.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507